

ENTNAZIFIZIERUNG  
UND  
WIEDERAUFBAU  
IN LINZ

Linz 1996

---

Archiv der Stadt Linz

# INHALT

	Seite
Impressum .....	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen .....	7
Anschriften der Mitarbeiter .....	8
Vorwort des Bürgermeisters und des Kulturstadtrates .....	9
Vorwort der Herausgeber .....	11
Brigitte Kepplinger und Josef Weidenholzer (Linz): Die Rekonstruktion der Sozialdemokratie in Linz 1945–1950 .....	13
Roman Sandgruber (Linz): Die Anfänge der Linzer ÖVP .....	69
Walter Schuster (Linz): Die Entnazifizierung des Magistrates Linz .....	87
Hanns Kreczi (Linz): Mein Tagebuch 1945 – Das Kriegsende in Linz .....	207
Kurt Tweraser (Fayetteville): Hans Behrmanns Glück und Ende. Anmerkungen zur amerikanischen Pressepolitik am Beispiel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ 1945–1948 .....	277
Michael John (Linz): Das „Haarabschneiderkommando“ von Linz. Männlicher Chauvinismus oder nationalsozialistische Wiederbetätigung? Ein Fallbeispiel aus den Jahren 1945–1948 .....	335
Erika Thurner (Linz): Ein Kapitel Stadtgeschichte: „Zigeuner“ in Linz .....	361
Georg Wacha (Linz): Denkmale aus der NS-Zeit .....	373
Gerhart Marckhgott (Linz): Das Projekt „Führerbibliothek“ in Linz .....	411

Helmut Fiederer (Linz): Die sozialen Krankenversicherer in Linz und Oberösterreich nach 1945 .....	435
Max Lotteraner (Linz): Zur Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1945/1946 .....	459
Buchbesprechungen .....	521



Abb. 7: Die zweite provisorische Unterkunft der Arbeiterkammer von 1946 bis 1948. Das ehemalige Jugendheim der Einheitsgewerkschaft in Linz, Blumauerstraße 2a. Es war 1938 bis 1945 für die Hitlerjugend beschlagnahmt und nach 1948 Heim der Gewerkschaftsjugend bis zur Errichtung des Unfallkrankenhauses 1950 (Foto: Prof. Gustav Hofinger, AKOÖA, Bildarchiv, A419-A9/ALB-018).

Die ÖGB-Landesexekutive Oberösterreich suchte wiederum am 7. Dezember 1945 um die Benützung des früheren Jugendheimes des ehemaligen Gewerkschaftsbundes in Linz, Blumauerstraße 2a, an.<sup>79</sup> Dieses wurde auch ab 3. Jänner 1946 zur Verfügung gestellt.<sup>80</sup> Auch dort war das Gebäude zur Hälfte durch Bombenschäden zerstört und mußte erst nach und nach aufgebaut und für die Benützung adaptiert werden. Eine Einrichtung war ebenfalls nicht vorhanden. Das als Blockhaus konzipierte Jugendheim wurde bald instandgesetzt. Ab 1. Mai 1946 hat die Stadt Linz dann dieses Jugendheim als provisorische Kammerunterkunft zur Verfügung gestellt.

Die ÖGB-Landesexekutive brachte damals diesen Antrag ein, weil die Gewerkschaften damit rechnen konnten, unter den damaligen Verhältnissen leichter die Bewilligung zur Benützung einer früheren Gewerkschaftseinrichtung zu bekommen. Man war sich aber auch darüber klar, daß die Arbeiterkammer zusätzliche Arbeitsplätze zur Erfüllung ihrer Aufgabe brauchte, ging es doch vor allem darum, fundierte Unterlagen für den Aufbau der Gewerkschaftsorganisation in den Betrieben zu erhalten. Daher war es auch eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiter-

<sup>79</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/7, Schr. vom 7. Dezember 1945.

<sup>80</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/7.

kammer in dieser Zeit, eine Betriebskartei über alle oberösterreichischen Betriebe aufzubauen, die mehr als fünf Personen beschäftigten.<sup>81</sup>

### Der Arbeitsbeginn des Kammerbüros

Noch im Provisorium Spittelwiese 5 begann der designierte Arbeiterkammerpräsident Heinrich Kandl gemeinsam mit dem Ersten Sekretär Dr. Theodor Möbius mit dem systematischen Aufbau der Büroarbeit. Ab 1. Dezember 1945 wurde die Arbeiterkammer offiziell tätig. Am 5. Dezember 1945 setzte die Arbeiterkammer schriftlich Militärregierung, Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften und Krankenhäuser vom Beginn ihrer Tätigkeit in Kenntnis. Das Schreiben der Arbeiterkammer wies auf die gesetzlichen Aufgaben der Arbeiterkammer hin und betonte insbesondere das Begutachtungsrecht zu Gesetzen, Verordnungen und Kundmachungen sowie das Recht auf Mitwirkung ihrer Vertreter in anderen Körperschaften. Nach einem Hinweis auf den Wirkungsbereich der Kammer und ihre Zuständigkeit erbat man die Hilfe und Unterstützung aller staatlichen und autonomen Behörden.<sup>82</sup>

Der Erste Sekretär Dr. Möbius litt unter den widrigen Zeitumständen wohl am meisten, denn er selbst schreibt, daß die Kammertätigkeit „buchstäblich von Null angefangen“ werden mußte.<sup>83</sup> Die Treuhandverwaltung des Vermögens der Deutschen Arbeitsfront (DAF)<sup>84</sup> hatte alle Einrichtungsgegenstände an verschiedene Körperschaften weitergegeben und war nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Schreibtisch zur Verfügung zu stellen. Erst nach Wochen gelang es, Schreibmaschinen zu erhalten, die von auswärts nach Linz gebracht werden mußten.<sup>85</sup> Und so begann der Sekretär seine Tätigkeit an einem tagsüber unbesetzten Schreibtisch in der Redaktionsstube des Tagblattes (Haus Spittelwiese 5), wo der Kammer Gastfreundschaft gewährt wurde.

Die Kammer selbst hatte damals kein Besitzrecht am ehemaligen Kammervermögen, das als Vermögen der DAF unter dem Rechtstitel „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmt worden war. Es waren viele Verhandlungen notwendig, bis in dieser Frage eine Klärung herbeigeführt werden konnte.<sup>86</sup> Als erster Mitarbeiter konnte Richard Strasser gewonnen werden, der aus der Emigration in England zurückgekehrt war und als ehemaliger Kammerangestellter sowie durch die in England erworbenen besonderen Kenntnisse und Erfahrungen in der Lage war, die Organisation der Abteilung Wirtschaft und Statistik zu übernehmen.<sup>87</sup>

In die Arbeitsräume in der Böhmerwaldstraße zogen im Februar 1946 neben Heinrich Kandl auch der Erste Sekretär Dr. Möbius, Richard Strasser als Wirtschaftsreferent und Frau Gisela

<sup>81</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai bis Ende September 1946, 6 ff.; Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 4.

<sup>82</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/9.

<sup>83</sup> AKOÖA, VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz über die Zeit vom 1. Dezember 1945 bis 11. Mai 1946, 1.

<sup>84</sup> DAF = Deutsche Arbeitsfront, eine Einrichtung der Nationalsozialisten, „die „die Sicherung des Arbeitsfriedens und eine Steigerung der Arbeitsleistung verbürgen wollte und dazu die rechtliche Betreuung ihrer Mitglieder übernahm und in der Gesunderhaltung des schaffenden Körpers und Geistes ihre oberste und vornehmste Aufgabe“ sah. In: Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 46 f.

<sup>85</sup> AKOÖA 01, VV-G (wie Anm. 77), sowie Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 54.

<sup>86</sup> Wie Anm. 77.

<sup>87</sup> Wie Anm. 77.

Lewisch als Sekretärin ein. Das waren die ersten Angestellten der Arbeiterkammer nach dem Zweiten Weltkrieg. Am 1. Februar 1946 folgte der Hausverwalter Michael Recknagl, ebenfalls ein früherer AK-Bediensteter, am 1. April 1946 Frau Maria Schöckl und Frau Anna Maria Praschl, die spätere Landesfrauenvorsitzende des ÖGB und SPÖ-Landtagsabgeordnete. Am 1. Mai 1946 kam der langjährige Buchhalter der alten Arbeiterkammer Anton Jeglinger, ab Juni 1946 Frau Hilde Meier sowie Ernst Ahammer, und am 1. Juli 1946 Dr. Viktor Kleiner, der bald als Erster Sekretär folgen sollte.<sup>88</sup>

Die finanziellen Voraussetzungen für die Tätigkeit der Kammer regelte das von der Staatsregierung Renner erlassene Gesetz, das vorsah, die Kammerarbeit durch einen Staatszuschuß wirtschaftlich abzusichern. Der Zuschuß wurde allerdings erst im Mai 1946 bewilligt, so daß in der Zwischenzeit mit einem Vorschuß des Gewerkschaftsbundes, mit einem Wechseldarlehen der Allgemeinen Sparkasse Linz und einem Überbrückungskredit der Wiener Arbeiterkammer gearbeitet werden mußte.<sup>89</sup>

Der am 4. Februar 1946 in Wien abgehaltene erste Arbeiterkammertag hatte zwar die Kammerumlage für ganz Österreich einheitlich mit einem halben Prozent des Bruttobezuges festgelegt. Die provisorische Leitung der Oberösterreichischen Kammer hat diese Umlage auch mit Wirkung 1. März 1946 für das Bundesland ausgeschrieben. Einen Eingang an Geldern konnte man jedoch vor Mai nicht erwarten.

Um den Einfluß der Kammer auch in der Verwaltung entsprechend zu sichern, entsandte die Kammer schon zu dieser Zeit ihre Vertreter in die damals bereits bestehenden Einrichtungen. So war die Kammer schon damals vertreten: im Österreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit, im Handelspolitischen Ausschuß der Landesregierung, im Treuhänderbeirat der Landesregierung, in der Umsiedlungsstelle bei der Zentralverwaltung des Mühlviertels, im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes, im Spruchsenat nach dem Wirtschaftssäuberungsgesetz und vielen anderen Gremien.<sup>90</sup>

Im Bericht über die erste Arbeitsperiode der Arbeiterkammer vom 1. Dezember 1945 bis zur konstituierenden Vollversammlung am 11. Mai 1946 konnte der Erste Sekretär feststellen, daß *trotz eines kleinen Kammerapparates versucht wurde, die gesetzlichen Aufgaben der Arbeiterkammer zu erfüllen. Die Arbeiterkammer hatte sich beim Wiederaufbau bewährt und in das Wirtschaftsleben des Landes eingeschaltet. Sie findet bei allen zuständigen Stellen Gehör, ihre Arbeit wird anerkannt.* Ihr tatkräftiges Interesse am Wiederaufbau wurde durch eine kleine sozialpolitische Schau im Rahmen einer bereit am 5. Mai 1946 gezeigten Industrie- und Gewerbeausstellung in Linz unter Beweis gestellt.<sup>91</sup>

<sup>88</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 88. Aufgezählt nach den Personalakten der Arbeiterkammer.

<sup>89</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 1. Dezember 1945 bis 11. Mai 1946 (wie Anm. 77). In der „Amtlichen Linzer Zeitung“ vom 21. Juni 1946, Folge 25, 389, ist eine Verlautbarung der Kammer für Arbeiter und Angestellte über die Kammerwahl für 1946 enthalten, nach der es heißt: *Zufolge Beschlusses des Österreichischen Arbeiterkammertages vom 4. Jänner 1946 wurde die Arbeiterkammer-Umlage für ganz Österreich einheitlich festgesetzt.* Wilhelm Rausch zeigte dort in der Anm. 192 diese Differenz um einen Monat auf, weil der Arbeiterkammertag erst am 4. Februar 1946 stattfand (Rausch/Lotteraner, Aufbruch, wie Anm. 21).

<sup>90</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai bis Ende September 1946, 8.

<sup>91</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai bis Ende September 1946, 10.

Als nächste Aufgaben des Büros bezeichnete damals Dr. Möbius die Abhaltung von Sprechtagen in den Industrieorten und die Errichtung von Außenstellen, um von dort aus auch kulturelle Aufgaben auf dem Land erfüllen zu können. Als wichtig bezeichnete er auch, die Aufklärung zum Schutz der Jugend und der Frauen und die Rechtsberatung.<sup>92</sup>

Im Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer in Linz vom 1. Dezember 1945 bis 1. Mai 1946<sup>93</sup> wird von einem erstaunlichen Arbeitsumfang berichtet. Es wurde bereits die Rechtsberatungsstelle wegen Kündigung, Wiedereinstellung, Arbeitsvermittlung und Regelung der Lehrzeit in 70 Fällen beansprucht. Berechtigte Forderungen der Arbeitnehmer in arbeitsrechtlichen Fragen konnten durch die Arbeiterkammer durchgesetzt werden. Wichtig war die entsprechende Aufklärung darüber. Neben anderen Aktivitäten gab es eine Großaktion bei der Besatzungsmacht, die nach Beschlagnahme der Flugzeugwerke in Wels alle Arbeiter und Angestellten entlassen und ohne Abfertigung hinausgestellt hatte.

Sehr stark war die Kammer auch in der Begutachtungstätigkeit engagiert, mußten doch alle Gesetze den neuen Zeitumständen angepaßt werden. Hier reichte die Skala von den Arbeiten zum Sozialversicherungs-Überleitungs-Gesetz bis zur Gewerberechtsnovelle, von der Regelung der Verkaufszeiten im Detailhandel bis zu einer Anregung an die Handelskammer wegen Beschaffung von Lehrstellen. Besonders wichtig war die Neuauflage eines Betriebskatasters für Oberösterreich. Eine Umfrage über die Produktionsverhältnisse war der erste wirtschaftsstatistische Versuch, der vor allem für die Arbeitergewerkschaften wichtig war.

Bedeutend war auch eine Eingabe an die Militärregierung, in der eine Anpassung des Lohnniveaus an die Preise gefordert wurde. Da dabei die Arbeiterkammer erstmals nach dem Krieg mit authentischen Unterlagen aufwarten konnte, wurde ihre Leistung sogar von der Besatzungsmacht gewürdigt. Das war für den ersten Lohnkampf der Gewerkschaften eine vortreffliche Unterstützung.<sup>94</sup>

### Überwindung der Schwierigkeiten beim Aufbau der demokratischen Organisation

Der Aufbau der demokratischen Organisation der oberösterreichischen Arbeiterkammer ist eng verknüpft mit dem Aufbau der Organisation der Gewerkschaften. Eine genauere Darstellung der Organisationsstruktur der Gewerkschaften in Oberösterreich ist deshalb wichtig, weil die Gewerkschaftsorganisation von den Betrieben ausgeht und eben in diesen Betrieben auch die Arbeitnehmervertreter in die Vollversammlung der Arbeiterkammer gewählt werden.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer bildet sozusagen ein Landesparlament der Arbeitnehmer im Bundesland. Für die künftigen Arbeiterkammerwahlen war es daher für jede größere wahlwerbende Gruppe notwendig, eigene Fraktionslisten zu erstellen, die auf die Or-

<sup>92</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai bis Ende September 1946, 11.

<sup>93</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai bis Ende September 1946, 5 ff. Die ersten drei Geschäftsberichte kamen unter dem Titel Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer in Linz heraus. Ab 7. Februar 1947 wurde die Bezeichnung einheitlich mit Geschäftsbericht geführt. Die Geschäftsberichte legten anfangs immer Zeugnis über die zwischen zwei Vollversammlungen geleistete Arbeit ab. Erst ab dem Jahr 1951 gab es jährliche Geschäftsberichte, die jeweils von der ersten Vollversammlung des nächsten Jahres besprochen wurden.

<sup>94</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/5.

ganisationsstruktur der Gewerkschaften Rücksicht nehmen mußte, weil sich dort auch ihre fraktionellen Vertreter aus den Betrieben befanden. Bei 16 Gewerkschaften unterschiedlicher Größe ist daher die große Schwierigkeit begreiflich, für die Arbeiterkammerwahlen ausgewogene Kandidatenlisten aufzustellen, die sowohl auf die branchenmäßige Verteilung, die Größe der Gewerkschaften, die Größe der Betriebe, aber auch auf die Situation in den Bezirken Rücksicht nehmen mußten.

Das aber war eine entscheidende Voraussetzung, weil die Arbeiterkammer selbst von Gesetzes wegen keine eigene Organisation in den Betrieben besaß. Das begründet auch die enge Verflechtung der Gewerkschaftsbewegung mit der Arbeiterkammer und erklärt, warum in Oberösterreich für lange Zeit der Präsident der Arbeiterkammer zugleich auch der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes im Bundesland war. Erst viele Jahre später wurden beide Funktionen getrennt, obwohl dies auch dann mehr optischen Charakter hatte, weil die Spitzenfunktionäre in beiden Organisationen an maßgeblicher Stelle vertreten waren.

Betrachten wir vorerst den für die Formierung der Arbeiterkammer so wichtigen Aufbau der Gewerkschaften. Schon bei der ersten Vertrauensmänner-Versammlung der Linzer Betriebe am 14. Mai 1945 stimmten die Linzer Vertrauenspersonen zu, daß Heinrich Kandl den Aufbau der Gewerkschaftsbewegung in Oberösterreich führend in die Hände nehmen soll. Schon damals war sich der „harte Kern“ der Freien Gewerkschafter über die zukünftige Aufgabenverteilung bei der Neuformierung der Gewerkschaften in Oberösterreich einig. Heinrich Kandl übernahm den Aufbau der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, Peregrin Langer den Aufbau der Allgemeinen Arbeiter- und Angestelltenkrankenkasse in Oberösterreich (die spätere Oberösterreichische Gebietskrankenkasse). Franz Harringer und Franz Razingger widmeten sich dem Aufbau der politischen Fraktionsarbeit der Freien Gewerkschafter, aus der später die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter hervorging. Albin Gebhardt stellte mit Heinrich Kandl den Kontakt zur Stadtverwaltung her, Heinrich Kandl jenen zur Landeshauptmannschaft und gemeinsam mit Franz Harringer auch zur Sozialdemokratischen Partei.<sup>95</sup>

Der Aufbau der einzelnen Gewerkschaften wurde vorerst nach dem Organisationsmuster der illegalen Freien Gewerkschaften begonnen und später nach dem zentralen Organisationschema des neugegründeten überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes vollzogen. So begann die Aufbauarbeit: Franz Harringer mit den Eisenbahnern, Josef Jungmayr mit den Postlern, Ludwig Pallesstrang mit den Metallarbeitern, Josef Buchner mit den Angestellten in der Privatwirtschaft, Franz Thanhofer gemeinsam mit Kandl mit den Bauarbeitern, Ludwig Weigant mit den Druckerei- und Papierarbeitern, Hans Ottenbacher mit den Textilarbeitern, Carl Felbinger mit den Chemiearbeitern, Franz Stammler mit den Lederarbeitern und Hermann Zuschrott mit den Gemeindebediensteten.

Der Aufbau der Gewerkschaften bereitete große Schwierigkeiten. Die Abschneidung von den Zentralstellen in Wien durch die Demarkationslinien, der mangelhafte Zugverkehr mit Eisenbahnen im Land selbst erschwerte die Arbeit, die dadurch mit großen Zeitverlusten verbunden war. Das frühere Arbeiterkammergebäude war nicht zu benützen, andere Büroräume standen vorerst nicht, später nur in einem noch nicht genügenden Ausmaß zur Verfügung. Genauso

<sup>95</sup> Diese Vorschläge hat der Autor aus Gesprächen mit Heinrich Kandl, Franz Harringer und Franz Razingger in Erinnerung.



war es mit der Büroeinrichtung. Aufschluß darüber ergibt der Bericht vom 29. Jänner 1946 über den Aufbau des Gewerkschaftsbundes in Oberösterreich.<sup>96</sup>

In mühevoller Kleinarbeit besuchten die Hauptverantwortlichen für die einzelnen Gewerkschaften Betrieb um Betrieb. Sie waren emsig am Werk. Denn schon am 15. November 1945 waren bereits rund 55.000, bis Ende Dezember 1945 rund 60.000 Arbeiter und Angestellte ihrer Berufsgewerkschaft in Oberösterreich beigetreten. Davon entfielen allein rund 13.000 auf die Eisenbahner, 30.000 auf die Arbeitergewerkschaften, rund 17.000 auf die Angestellten, 6.000 davon auf die Gemeindebediensteten.<sup>96a</sup>

Zu allererst wurden die Gewerkschaftsorganisationen bei den Eisenbahnern, in den Großbetrieben und in den Gemeinden errichtet.

Die organisatorische Hauptaufgabe zu dieser Zeit begann vorerst mit der Ablösung nationalsozialistischer Betriebsführer und deren *Ersetzung durch verlässliche Demokraten*. Ihr Hauptaugenmerk aber galt dem Aufbau einer demokratisch geführten Gewerkschaftsorganisation für die Vertrauensmänner und Betriebsräte.

Dem Aufbau der Betriebsstätten und der Wiedereingangssetzung der Produktion standen großen Schwierigkeiten gegenüber, da ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung noch kriegsgefangen war und sich ein empfindlicher Mangel an voll einsatzfähigen Arbeitskräften auf allen Gebieten zeigte. Dagegen war auch die bewundernswerte Selbsthilfe der Arbeiter und Angestellten machtlos, die übrigens ein besonderes Kennzeichen der damaligen Zeit war. Die Bemühungen der Gewerkschaften wurden überschattet durch die katastrophale Ernährungssituation in den ersten Wintermonaten, durch den Mangel an Rohstoffen und Halbprodukten. Die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas konnte nur periodenweise aufrechterhalten werden. Der industrielle Wiederaufbau war durch die Schwierigkeiten der fast vollständig zusammengebrochenen Energieversorgung gehemmt. Es galt die katastrophale Situation des darniederliegenden Verkehrswesens zu überwinden und einen improvisierten Nahverkehr aufzubauen.

Eine der Hauptaufgaben damals war die Überwindung des in vielen Branchen unerträglich gewordenen Tiefstandes der Löhne. Zu diesem Zweck wurde dem Alliierten Rat in Wien eine Denkschrift überreicht,<sup>97</sup> in welcher unter anderem angeführt wurde, daß die mit der Gleichschaltung Österreichs verbundenen Maßnahmen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, wie Lohnstopp seit 13. März 1938, die Schillingumrechnung, das Verbot der Lohnforderungen, die Steuererhöhungen usw., die Löhne auf einen Tiefstand halten, die zu den „niedrigsten Europas“ gehörten. Für diese Forderungen der Gewerkschaften lieferte die Arbeiterkammer mit den von ihr bereits erhobenen Wirtschaftsdaten eine überaus wichtige Vorbereitung.

Den nächsten Schritt stellte die Bestellung von Sekretären und Funktionären für den Aufbau der Gewerkschaften in Oberösterreich nach dem neuen Organisationsschema des ÖGB in den letzten Monaten des Jahres 1945 dar. Ab Anfang 1946 wurden die Funktionäre und Sekretäre für die einzelnen Gewerkschaften in Oberösterreich gewählt bzw. angestellt. Bei der ersten Landeskonzferenz der oberösterreichischen Gewerkschafter am 12. Mai 1946 konnte bereits folgende Liste bestätigt werden:<sup>98</sup>

<sup>96</sup> AKOÖA, Gewerkschaften, G/OÖ/Allg./146/1.

<sup>96a</sup> Siehe Anm. 28.

<sup>97</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/1/1-16.

<sup>98</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/5.

ÖGB-Landesexekutive Oberösterreich, Vorsitzender: Heinrich Kandl, Sekretär Ing. Gustav Schanovsky (in der Folge wird Vorsitzender mit V und Sekretär mit S abgekürzt)

I. Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft: Ignaz Böhm (V), Josef Buchner (S)

II. Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten: Dr. Matthias Hemmel (V), Franz Waschnig (S)

III. Gewerkschaft der Gemeindebediensteten: Hermann Zuschrott (V und S)

IV. Gewerkschaft der Angestellten der Freien Berufe: Dr. Hugo Placheta (V), Anton Pürerfellner (S)

V. Gewerkschaft der Bau-, Holz- und Steinarbeiter: Karl Schaller (V), Franz Thanhofer (S)

VI. Gewerkschaft der Arbeiter der Chemischen Industrie: Franz Haun (V), Carl Felbinger (S)

VII. Gewerkschaft der Arbeiter der grafischen und papierverarbeitenden Gewerbe: Wilhelm Weigant (V und S)

VIII. Gewerkschaft der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter: Franz Hazod (V), Johann Altenkopf (S)

IX. Gewerkschaft der Eisenbahnbediensteten: Franz Harringer (V und S)

X. Gewerkschaft der Hotel- und Gastgewerbebediensteten: Wilhelm Schauer (V), Emil Helm (S)

XI. Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft: Alois Leitner (V), Friedrich Glaser (S)

XII. Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter: Franz Stammerl (V und S)

XIII. Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter: Karl Fischer (V) Alois Kopp (S).

Die Schwierigkeiten der damaligen Gewerkschaftsarbeit zeigte sich auch in den verschiedenen Standorten der einzelnen Gewerkschaften. So waren in der Baracke in der Weingartshofstraße 8 untergebracht: die ÖGB-Landesexekutive, die Angestellten der Freien Berufe, die Bau-, Holz- und Steinarbeiter, die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die Lebens- und Genußmittelarbeiter und die Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter. Im zweiten Stock des Hauptplatzes 23 waren untergebracht: die Angestellten in der Privatwirtschaft und die Angestellten im Öffentlichen Dienst. Die Gemeindebediensteten hatten ihren Sitz im alten Linzer Rathaus. In der Landstraße 36 saßen die Arbeiter der Chemischen Industrie, die Postler in der Domgasse 1, die Eisenbahnbediensteten an der Wiener Reichsstraße 1, die Metall- und Bergarbeiter in der Spittelwiese 5, und die Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe trafen sich im Gasthaus „Zum Hirschen“.

### Die Organe der Arbeiterkammer werden geschaffen

Nachdem das von der provisorischen Staatsregierung erlassene Arbeiterkammergesetz durch Zustimmung des Alliierten Rates vom 10. November 1945 auch für Oberösterreich in Kraft gesetzt worden war, waren die Voraussetzungen gegeben, nunmehr auch in Oberösterreich an die politische Zusammensetzung der ersten oberösterreichischen Arbeiterkammer zu denken und die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Die ersten freien Wahlen in Österreich am 25. November 1945 schufen Klarheit über die politischen Kräfteverhältnisse in Österreich. Schon zwei Tage nach den ersten freien Wahlen gibt ein Gedenkprotokoll vom 27. November 1945 Aufschluß über die Zusammensetzung der kommenden Vollversammlung der oberösterreichischen Arbeiterkammer.<sup>99</sup> Heinrich Kandl hatte im Zusammenhang mit dem sogenannten „Neuner-Komitee“ im Sekretariat des Gewerkschaftsbundes auf der Spittelwiese die Vertreter der im Nationalrat nunmehr gewählten Parteien eingeladen, um über die Aufteilung der Mandate für die Arbeiterkammer in Oberösterreich Klarheit zu schaffen. Für die SPÖ verhandelten Heinrich Kandl und Franz Thanhofer, für die ÖVP Franz Kriz und Leopold Radlmaier und für die Kommunistische Partei Peter Kam-

<sup>99</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 53.

merstätter. Wilhelm Rausch berichtete darüber im Buch „Aufbruch in eine bessere Zeit“ über den Inhalt dieses Gedenkprotokolls:<sup>100</sup>

Die Vertreter der Volkspartei erhoben den Einwurf, daß sie mit zuwenig Mandaten bedacht seien, während die Kommunisten ihrer Meinung nach zu viele Sitze beanspruchten. Dieser Auffassung trat Kandl bei, wogegen Kammerstätter den Standpunkt einnahm, daß der KPÖ aufgrund ihrer Betriebszellen *keineswegs weniger Mandate zustünden als der ÖVP*. Wir müssen hier einschreiben, daß das Protokoll den ursprünglichen Aufteilungsschlüssel leider nicht enthält, sondern nur den am Ende von allen beteiligten akzeptierten Ausgleichsvorschlag von Heinrich Kandl, und der legte für die 108 Mandate fest: 68 Mandate für die SPÖ, 24 Mandate für ÖVP und 16 Mandate für die KPÖ. Die Vertreter der einzelnen Parteien erklärten sich hiermit einverstanden. Die ÖVP-Vertreter nach einer Beratung, das Mitglied der KPÖ erst auf Ersuchen Kandls „durch Kopfnicken“. Die 108 Mandate der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Oberösterreich wurden nun auf die zu besetzenden fünf Sektionen laut Parteienvereinbarung folgendermaßen aufgeteilt:

Partei	SPÖ	ÖVP	KPÖ	zusammen
1 Arbeiter	40	13	11	64
2 Angestellte	10	6	2	18
3 Verkehrsarbeiter	3	1	1	5
4 Verkehrsangestellte	12	2	2	16
5 Land- und Forstarbeiter	3	2	—	5
Mandatssumme	68	24	16	108

Das war sozusagen die erste maßgebliche Übereinkunft der Gewerkschaftsfractionen in Oberösterreich im Sinne des überparteilichen Gewerkschaftsbundes. Diese Vereinbarung bildete die Voraussetzung für die erste Wahl in die Arbeiterkammer für Oberösterreich in der Zweiten Republik.

Nun war es notwendig, den Präsidenten mit seinen Vizepräsidenten und die Kammerräte für die Vollversammlung zu bestellen. Im politischen Bereich muß die Erstellung der Listen für die vom Sozialministerium für den Bereich Oberösterreich zu bestellenden Kammerräte einige Schwierigkeiten bereitet haben. Die im Arbeiterkammerarchiv vorhandenen Schriftstücke deuten dies an. Die Schwierigkeiten ergaben sich offensichtlich nicht nur durch die organisatorische Verknüpfung mit dem ÖGB. Die Erstellung von ausgewogenen Vorschlägen unter Berücksichtigung der Wünsche der einzelnen Gewerkschaften, der großen Betriebe und der Bezirke waren durch die vorher bereits beschriebenen gewerkschaftlichen Organisationsformen kompliziert und dauerten entsprechend lang. Dazu war aber auch eine Absprache unter den Parteien notwendig, und schließlich wurden Anfang Februar 1946 Fragebögen an die in einer Liste genannten Kammerräte ausgegeben, nach denen das Bundesministerium für soziale Verwaltung die Bestellungsdekrete ausstellte. Der damalige Schriftverkehr zeigt auf, daß die Fragebögen zum Teil mangelhaft ausgefüllt zurückkamen und auch die Listen ergänzt werden mußten. Schließlich kam auch noch dazu, daß mittlerweile der eine oder andere Kandidat wieder zurückgezogen oder ausgeschieden wurde.

Trotz allem aber konnte das Sozialministerium die Bestellungsdekrete für das Präsidium und die 108 Kammermitglieder noch rechtzeitig vor der Konstitution im Mai 1946 herausgeben und zustellen.

Heinrich Kandl wurde am 17. April 1946 zum Präsidenten der Arbeiterkammer bestellt.<sup>101</sup> Als

<sup>100</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 53 ff.

<sup>101</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/A/9, Schreiben des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Zl. III/13.672/10/1946 vom 17. April 1946.

erster Vizepräsident wurde Franz Razinger, als zweiter Vizepräsident Franz Kriz ernannt. Mit der Bestellung des Präsidiums und der Kammermitglieder war der Weg zur Konstituierung der oberösterreichischen Arbeiterkammer frei.

### Die konstituierende Versammlung am 11. Mai 1946

Die konstituierende Versammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich fand relativ spät statt. Die Kammer hatte zwar schon am 1. Dezember 1945 ihre Tätigkeit aufgenommen, aber die nach dem Gesetz vorgeschriebene konstituierende Vollversammlung noch nicht abgehalten. Heinrich Kandl leitete die Kammer damals provisorisch. Er war aber schon im Jänner 1946 von Bürgermeister Koref in dessen Eigenschaft als Abgeordneter zum Nationalrat darauf hingewiesen worden, daß als Voraussetzung der Konstituierung der Kammer die Mitteilung der Namen aller Kandidaten an das Sozialministerium notwendig sei.<sup>102</sup>

Aber auch die Arbeiterkammer in Wien ersuchte in einem Schreiben vom 15. Februar 1946, die für die Bestellung der Mitglieder der Arbeiterkammer notwendigen Fragebögen so rasch als möglich jedem Betroffenen zuzusenden und ausgefüllt wieder zurückzuschicken.<sup>103</sup>

Die Konstituierung verzögerte sich aber nicht nur durch die Schwierigkeiten bei der Bestellung der Kammerräte für die Vollversammlung, sondern auch durch eine Reihe organisatorischer Hemmnisse bei der Durchführung einer solchen Veranstaltung. Diese fingen schon bei Kleinigkeiten an, etwa mit der Organisation des eingeplanten Festessens im Hotel Schiff, für das die einzelnen Teilnehmer Fleisch-, Brot- und Fettmarken aus der laufenden Zuteilungsperiode mitzubringen hatten. Sie setzten sich fort bei der Quartierbeschaffung für die Teilnehmer, die außerhalb von Linz wohnten, und zeigten sich gerade symptomatisch für die damalige Zeit im Bemühen von Dr. Möbius, für die Eröffnungsfestlichkeiten einige Liter Wein aus dem Burgenland zu beschaffen. Bereits im Jänner nahm Dr. Möbius mit dem burgenländischen Landesrat Wessely Kontakt auf und schrieb am 25. Jänner 1946 an den *Weinbau-Sachverständigen* Direktor Jelinek: *Anläßlich der Eröffnung der Arbeiterkammer in Linz unter den Auspizien der Militärregierung wird auch ein Bankett stattfinden, wozu burgenländischer Wein erwünscht wäre. Der Bedarf von etwa 200 Liter würde auch von militärischen Lastwagen der Amerikaner zum Transport übernommen werden.*<sup>104</sup>

Noch Mitte März war die Frage nicht gelöst, und da Landesrat Wessely durch Arbeit an der Beantwortung des Briefes von Dr. Möbius stets verhindert war, telegrafierte Möbius an ihn, um endlich Klarheit zu erlangen. Die Antwort darauf lautete: *Nach ihrem Telegramm zu schließen, haben sie mein Schreiben mißverstanden. Ich kann Ihnen selbstverständlich Wein liefern, jedoch nur gegen ein Kompensationsgeschäft mit Autos, gleichgültig ob Last- oder Personenwagen, die fahrbar sein müssen und im Preis angemessen sind. Auf dieser Grundlage kann ich Ihnen einige hundert Liter guten Neusiedler Wein zukommen lassen.*<sup>105</sup> Solcher Art waren also die Schwierigkeiten jener Zeit.

<sup>102</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 56.

<sup>103</sup> AKOÖA, Historisches Archiv, AKL/H/16.

<sup>104</sup> AKOÖA, I,101 Vollversammlung, Schriftverkehr, Originalschreiben Eisenstadt vom 25. Jänner 1946.

<sup>105</sup> AKOÖA, I,101 Vollversammlung, Schriftverkehr, Originalschreiben vom 11. März 1946.

Schließlich aber war es soweit. Die Konstituierung sollte am 4. Mai stattfinden. Briefe an die Magistratsdirektion Linz, den Rathausfestsaal für die Versammlung zur Verfügung zu stellen,<sup>106</sup> und an das Landesernährungsamt um Bereitstellung von Lebensmitteln für die Ehrengäste weisen darauf hin.<sup>107</sup>

Die offiziellen Einladungen an Behörden und Ämter wurden am 19. April 1946 ausgesandt, eine zweite Aussendung folgte dann am 24. April. Nun stellte sich heraus, daß die Linzer Veranstaltung mit der Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer in Kollision geriet und für Linz zahlreiche Absagen eintrafen. Daher entschloß man sich zu einer Verschiebung des Termins der feierlichen Eröffnungssitzung um eine Woche. Am 29. April wurde dann als neuer Termin Samstag, der 11. Mai 1946 mitgeteilt.<sup>108</sup> Dieser Termin war günstig gewählt, da ihm am Sonntag, dem 12. Mai 1946 die erste Landeskonzferenz des Gewerkschaftsbundes in Linz folgte.<sup>109</sup>

Der 11. und 12. Mai 1946 standen im Zeichen der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes in Oberösterreich. Die Beteiligung prominenter Vertreter aus Politik und Wirtschaft gab den Veranstaltungen die gebührende Beachtung. Mit diesem Schritt in die Öffentlichkeit unterstrichen beide Arbeitnehmerinstitutionen ihre Bedeutung für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Österreich.

Die konstituierende Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich war eine eindrucksvolle Demonstration für den Aufbauwillen der Arbeiter und Angestellten und ein Bekenntnis zur Demokratie.<sup>110</sup> Im Linzer Rathausfestsaal fanden sich von den 108 durch die Parteien designierten Kammermitglieder 105 ein. Präsident Kandl konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter ihnen ragten hervor: als Vertreter des amerikanischen Befehlshabers in Österreich General Mark Clark, Gouverneur Oberst Hanna und Oberst Smith, der Leiter des Labourdepartements im amerikanischen Hauptquartier in Wien; für die amerikanische Militärregierung den Labourofficer Lt. Taylor, Industryofficer Lt. Briggs sowie Lt. Johnston von der Vermögenskontrolle. Der Beauftragte der russischen Militärverwaltung für das Mühlviertel Oberst Wojnerowitsch hatte sich dagegen mit dem Staatsbeauftragten für das Mühlviertel Blöchl wegen dienstlicher Inanspruchnahme entschuldigen lassen.

Von österreichischer Seite waren erschienen: für das Bundesministerium für soziale Verwaltung Minister Karl Maisel mit Sektionschef Hammerl. Den Gewerkschaftsbund und die Wiener Arbeiterkammer vertrat ÖGB-Präsident Johann Böhm, die Grazer Arbeiterkammer Präsident Otto Möbes.<sup>111</sup> Weiters waren anwesend: Landeshauptmann Gleißner, Bürgermeister Koref, Handelskammerpräsident Klein, Gewerbeinspektor Aigner, der Leiter des Landesarbeitsamtes Guttmann, Hofrat Kern von der Finanzlandesdirektion, Präsident Wilhelm von der Staatsbahndirektion und Präsident Oettl von der Postdirektion. Die Linzer Tageszeitungen hatten ihre Vertreter entsandt.

<sup>106</sup> AKOÖA, 1,101 Vollversammlung, Schriftverkehr, Originalschreiben vom 21. März 1946.

<sup>107</sup> AKOÖA, 1,101 Vollversammlung, Schriftverkehr, Durchschrift vom 6. April 1946.

<sup>108</sup> AKOÖA, 0,1, Vollversammlung VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, sowie 1,101 Vollversammlung, Schriftverkehr, hektographierte Aussendung an die Kammermitglieder, 29. April 1946.

<sup>109</sup> ASiL, s. 1983, Tagesereignisse 1946/47, 102.

<sup>110</sup> AKOÖA, 0,1: Vollversammlung VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946.

<sup>111</sup> AKOÖA, VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946. Im Protokoll steht irrtümlich Mewes.



Abb. 8: Die Männer der ersten Stunde des Wiederaufbaus der Gewerkschaften nach 1945: ÖGB-Präsident Johann Böhm (links) und AK-Präsident Heinrich Kandl (rechts). Mit Böhm und dem späteren Staatssekretär Franz Rauscher sprach Kandl erstmals über die Neuorganisation der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer in Oberösterreich (Foto: Fritz Kammler, AKOÖA, Bildarchiv, D002-A10).

Das Programm sah elf Punkte vor.<sup>112</sup> Nach einer musikalischen Einleitung durch das Linzer Streichquartett<sup>113</sup> waren nach der Begrüßungsansprache durch Kammerpräsident Kandl Ansprachen des Bundesministers für soziale Verwaltung, des Vertreters der amerikanischen Militärregierung sowie des Landeshauptmannes und des Bürgermeisters vorgesehen. Dann folgten Reden der Vertreter der in der Kammer vorgesehenen Fraktionen. Anschließend kamen der Tätigkeitsbericht des Kammersekretärs sowie die Wahlen der Sektionsobmänner in die Ausschüsse und der Rechnungsprüfer an die Reihe. Zu Mittag war ein Festbankett im Hotel Schiff vorgesehen und für Nachmittag waren die Debatten über den Geschäftsbericht und die Behandlung der Anträge der Kammermitglieder eingeplant.

Nachdem Präsident Kandl alle Gäste begrüßt hatte, sprach er einleitend einige Worte zur Geschichte der Kammer. Hier ein abschnittsweiser Auszug:<sup>114</sup>

<sup>112</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Sitzungsprotokoll vom 4. Mai 1946, 2.

<sup>113</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 2.

<sup>114</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 3.



Nach zwölf Jahren der Verfolgung und Unterdrückung treten die von Gesetzeswegen berufenen Vertreter der Arbeiter und Angestellten unseres Landes wieder zusammen, um ihr Haus zu bestellen... Die gewaltsame Ausschaltung der Kammer für Arbeiter und Angestellte im Jahr 1934, als einer durchaus demokratischen Einrichtung, war ein gehässiger, aus politischen Machtgründen erfolgter Akt. Ich bin einer der ganz wenigen übriggebliebenen Mitarbeiter der damaligen Arbeiterkammer und möchte von dieser Stelle aus eine Feststellung machen, die ich bisher immer vermißt habe: In allen Berichten über die Ausschaltung der demokratischen Einrichtungen in Österreich im Jahre 1934 wurden immer die Ereignisse vom 12. Februar als Grundlage angeführt. In Wahrheit sind uns schon Ende Jänner 1934 Vorschläge des damaligen Sozialministers zugegangen, nach welchen der Mehrheitsrichtung, die bei den letzten Kammerwahlen 83 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, von zwölf Vorstandsmandaten in Hinkunft nur drei Mandate eingeräumt werden sollten. Bei der 14 Tage später erfolgten diktatorischen Besetzung wurde die abgesetzte Mehrheit mit einem Mandat in meiner Person bedacht, das nach zwei Monaten zurückgelegt wurde. Hierdurch ist es klar, daß die gewaltsame Ausschaltung der Kammermehrheit ein weit vor dem 12. Februar zurückliegender, von langer Hand vorbereiteter Akt war. Wurde in den folgenden Jahren bis zum Einmarsch Hitlers die Arbeiterkammer als Gewerkschaftsbund-Einrichtung benützt, so räumten die Führer der braunen Horden um Hitler und R. Ley mit dieser Einrichtung restlos auf, während die Einrichtungen der Geschäftswelt des Bürger- und Unternehmertums – wenn auch mit Veränderungen – bestehen blieben. Es kann kein Ehrenzeugnis für die bürgerliche Welt sein, daß sie bei allen gewaltsamen Veränderungen die Einrichtungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft als erste zerstört. Wir sind den alliierten Mächten zu unendlichem Dank verpflichtet, daß sie den Faschismus zu Boden geworfen, aus unserem Land vertrieben und uns die demokratische Freiheit wiedergegeben haben. Die heutige erste Vollversammlung entspricht noch nicht den demokratischen Grundsätzen. Es ist eine Art Übergangseinrichtung, bis ordentliche Wahlen stattfinden werden. Die 108 Mitglieder der Linzer Kammer und das Präsidium sind über Vorschlag des Gewerkschaftsbundes vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung bestellt worden.

Daran schloß Kandler einen historischen Abriss über das Werden und die Entwicklung der Arbeiterkammer in Österreich und über deren Tätigkeit und Aufgaben. Er wies auf den staatsmännischen Weitblick von Ferdinand Hanusch hin, der bei der Schaffung der ersten Arbeiterkammer in der Ersten Republik die für die Zukunft drohenden Gefahren erkannte und mit den Arbeiterkammern ein Bollwerk zur Sicherung aller sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften errichten wollte, das unbeeinflusst von politischen Zufälligkeiten die Rechte der Arbeiter und Angestellten in Gesetzgebung und Verwaltung wahren sollte. Kandler deutete schließlich den gewaltigen Wandel an, der mittlerweile eingetreten war, und der die Arbeitnehmer nunmehr mitbestimmen ließ *in der Politik durch die sogenannte funktionelle Demokratie, im Betrieb durch den Betriebsrat, in den einzelnen Wirtschaftszweigen durch die Gewerkschaft, im Bereich der Gesamtwirtschaft durch die Arbeiterkammer.*

Kandler versäumte es nicht, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, welche die Kammer gegenwärtig überwinden mußte und schloß seine Ausführungen:

Mit dem heutigen Tage beginnt ein neuer Abschnitt im Wirken unserer Arbeiterkammer in Oberösterreich. Wir wollen alle, die dazu berufen sind, unser Bestes geben. Zum Gedeihen unserer Institution, die dazu geschaffen ist, Vertreterin und Dienerin aller in schwerer Zeit schaffenden Menschen zu sein. In diesem Sinne darf ich wohl alle, gleich welcher politischen Richtung sie angehören mögen, zur gemeinsamen und verständnisvollen Mitarbeit und Förderung einladen und die alliierte Militärregierung sowie alle Behörden und Ämter um ihr Wohlwollen ersuchen.

Die Reihe der Begrüßungsansprachen begann Bundesminister Karl Maisel. Er drückte seine Freude darüber aus, daß nun auch in Oberösterreich die Kammer für Arbeiter und Angestellte nach einer vieljährigen Unterdrückung und Unterbrechung wieder ihre Arbeit aufgenommen hat und sprach von einer geschichtlichen Stunde im Lande Oberösterreich. Er überbrachte die Glückwünsche der Bundesregierung, verwies auf die schweren Jahren des Faschismus, auf die ungeheuren Aufbauarbeiten und die große Verpflichtung der Kammern bei diesem Aufbau. *Es*

*muß doch wieder die Zeit kommen, wo wir friedlich und sicher das Leben leben können, wie es sich jeder vorstellt und wie es eine geordnete wirtschaftliche Situation zuläßt*, betonte der Minister, ehe er feststellte, daß es heute nicht darum gehe die Zeit bis vor 1934 wieder zu erwecken. Die Aufgaben wirtschaftlicher und politischer Natur seien viel größer geworden.<sup>115</sup>

Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner begrüßte die Vollversammlung namens der Landesregierung und unterstrich, daß die Probleme der Zeit lebhafter Mitarbeit aller Wirtschaftskreise verlangen und betonte: *Es geht nicht nur um das Gebiet, für das die Arbeiterkammer in erster Linie geschaffen worden ist, sondern für die Sicherung einer befriedigenden sozialen Gesetzgebung. Es geht jetzt darum, das wir unsere gemeinsame Existenz, unser gemeinsames Leben in vielen wirtschaftlichen Fragen zu sichern haben*. Nach einer Erinnerung an die derzeit anstehenden aktuellen Fragen des Wiederaufbaus sagte er:

Wir müssen eine Notgemeinschaft bilden mit gleichen Möglichkeiten (für) unser Leben durch die schwere Zeit und deswegen begrüße ich besonders, daß jetzt auch diese große Säule der Interessenvertretung – die Arbeiterkammer – wieder hier ist, die sich einschalten muß, um uns über all diese schwierigen Gebiete zu helfen ... Wir sind durch viele Erschütterungen durchgegangen und ich glaube kaum, daß einer von uns aus den Erschütterungen der letzten Jahre nicht als ein anderer herausgegangen wäre, als er in diese Erschütterung hineingegangen ist. Es ist eine andere Grundauffassung über soziale Fragen entstanden. Das ist jetzt nicht mehr ein Kampf, den die Arbeiter und Angestellten für sich allein auszukämpfen haben. Ich glaube, es gibt wohl keinen mehr, der auf dem ungerechten Standpunkt einer überholten Vergangenheit weiterhin verbleibt, dann muß er in Kauf nehmen, daß wir weiterhin durch Blut und Tränen gehen müssen.<sup>116</sup>

Bürgermeister Dr. Ernst Koref begrüßte die Vollversammlung im Namen der Stadt Linz auf das herzlichste und sicherte die Unterstützung der Stadt zu. Er bezeichnete diese erste Versammlung nach dem Zweiten Weltkrieg als historisches Ereignis. Präsident Klein sprach für die Linzer Handelskammer Worte, die von dieser Seite vor wenigen Jahrzehnten kaum noch zu hören waren. Sie verdienen hier erwähnt zu werden:

Es sind, kann man sagen, lange – aber nach unserem heutigen Begriff – kurze Zeiten vergangen, seit sie ihre konstituierende Vollversammlung vor ca. 25 Jahren abgehalten haben. Damals waren noch, ich darf hier nicht leugnen, oft auf der Gegenseite Ansichten vertreten, daß die Arbeiterkammer vielleicht in der Wirtschaft störend wirken könnte. Nun ist man aber doch schon im ersten oder zweiten Jahr ihrer Tätigkeit darauf gekommen, daß die Arbeiterkammer eine notwendige Institution geworden ist und viele – auch große Politiker – sich selbst Vorwürfe gemacht haben, daß die Arbeiterkammer nicht schon früher zustande kam. Nun feiern wir hier wieder eine neue Geburt ihrer Kammer und ich freue mich umso mehr darüber, als wir selbst auch in der Handelskammer vor kurzem unsere Konstituierung hatten. Ich glaube, daß alle drei Kammern, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und Handelskammer, es in erste Linie als ihre Aufgabe betrachten müssen, für die Wirtschaft unsere ganze Kraft einzusetzen und nur die Wirtschaftslenkung und unseren Wiederaufbau vor Augen zu halten ... Ich wünsche sehr, daß unsere Kammer mit der Arbeiterkammer ... in noch engerer Zusammenknüpfung ... für die Entwicklung Österreichs unermüdlich eintreten werden.<sup>117</sup>

Oberst Smith, der etwas verspätet eintraf, und zunächst in englischer Sprache die Grüße des obersten Befehlshabers General Marc Clark überbrachte, bemerkte, die amerikanischen Streitkräfte in Österreich hätten die Konstituierung der Arbeiterkammer in Linz für so bedeutend erachtet, daß ihm ein Sonderflugzeug nach Linz zur Verfügung gestellt wurde. Er müsse so gleich wieder nach Wien zurückfliegen, um einer Generalkonferenz beiwohnen zu können.

<sup>115</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 4 f.

<sup>116</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 5.

<sup>117</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 6.



Dennoch richtete er einige Worte in Deutsch an die Vollversammlung. Sie enthielten ein Lob auf den Arbeitswillen des oberösterreichischen Volkes:

Die Energie, die Schaffensfreude und Initiative der oberösterreichischen Bevölkerung sind ein gutes Zeichen für den Wiederaufbau der österreichischen Volkswirtschaft. Im Rahmen dieses Wiederaufbaues hat die oberösterreichische Arbeiterschaft einen ganz besonderen Anteil. Unter vielen Opfern hat sie alles daran gesetzt, die Produktion ihrer Fabriken wieder aufzunehmen ... Die provisorische Arbeiterkammer als anerkannte Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten hat in dieser Beziehung mit allen anderen Bevölkerungskreisen auf das Innigste zusammengearbeitet und viel Erfolgreiches geleistet.

Er betonte, daß die Kammer ein Bindeglied zwischen dem einfachen Arbeiter an der Werkbank und den höchsten Regierungsstellen sei. Durch das Sprachrohr der Arbeiterkammer sei jeder Arbeiter und Angestellte im Land in der Lage, seine Wünsche und seine Beschwerde diesen Stellen zur Kenntnis zu bringen. Mit einem „Grüß Gott und Servus“ verließ er nach seiner Rede sogleich wieder den Festsaal.<sup>118</sup>

Für die in der Kammer vertretenen Fraktionen sprachen sodann deren Vorsitzende, Vizepräsident Franz Kriz als Vertreter der ÖVP und August Moser für die KPÖ.

Kriz erwähnte, daß Österreich zwar staatspolitisch befreit, aber nicht frei sei, da es noch immer in vier Zonen aufgeteilt sei. Wirtschaftlich stehe das Land auf einem unübersehbaren Trümmerfeld. Es fehle an allem. Mühsam müßten wieder Verbindungen zum Ausland hergestellt und die Verkehrsverhältnisse verbessert werden. Die sozialpolitische Situation der Arbeiterschaft sei trostlos, denn der vom Währungsstandpunkt her wichtige Lohnstopp, bringe besonders für die untersten Lohnkategorien Härten mit sich. *Meine Fraktion ist hier in der Minderheit*, sagte er, *aber wir sind uns unserer Verantwortung im demokratischen Sinne voll bewußt, wir bringen nicht nur den Willen zur gemeinsamen Arbeit, sondern auch die notwendigen, teilweise durch jahrzehntelanger Arbeit in der Kammer erworbenen Kenntnisse mit.*

August Moser eröffnete seine Rede mit einem Dank an die Alliierten für die Befreiung von der deutschen Fremdherrschaft und Knechtschaft. Die Alliierten hätten Österreich vom äußeren Feind befreit, *gegen die undemokratischen Kräfte im Inneren unseres Landes zu kämpfen und uns von diesen zu befreien, ist unsere eigene Aufgabe.* Moser bedauerte sodann, daß man für das Präsidium der Arbeiterkammer nur zwei der drei demokratischen Parteien Österreichs vorgesehen habe; seine Partei sei nicht vertreten. *Wir wissen, daß bereits bis zum heutigen Tag Tausende Arbeiter Oberösterreichs durch ihre Unterschriften ihren Unwillen gegen diese undemokratische Vorgangsweise zum Ausdruck gebracht haben. Ein demokratisches Österreich könne nur entstehen, wenn alle demokratischen Kräfte zusammengefaßt werden.*<sup>119</sup>

### Der Tätigkeitsbericht vom 1. Dezember 1945 bis 4. Mai 1946

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung referierte der Erste Sekretär Dr. Möbius über die Tätigkeit der Kammer für die Zeit vom 1. Dezember 1945 bis 4. Mai 1946 anhand einer den Kammermitgliedern zugegangenen Vorlage.<sup>120</sup>

Außerdem bemerkte er, daß die Eingliederung der Kammer in das Wirtschaftsleben des Lan-

<sup>118</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 6/7.

<sup>119</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 8.

<sup>120</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-G, Geschäftsbericht vom 1. Dezember 1945 bis 11. Mai 1946, 1 ff.

des in die Wege geleitet sei. Geeignete Unterkünfte seien gesichert, das notwendige Personal angestellt und die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Es gebe bereits praktische Erfolge auf dem Gebiet der Rechtsauskunft und Rechtshilfe. Die Kammer erfülle ihre Pflicht als gesetzlicher Ratgeber der Bundes- und Landesregierung und habe auch eigene Initiativen auf wirtschaftlichem Gebiet entwickelt. Wenn auch die Vertretung der Kammer in den wirtschaftlichen Beiräten noch nicht lückenlos durchgeführt sei, so wirke sie doch an wichtigen entscheidenden Stellen mit.

Dr. Möbius begründete dann mit einigen Worten die vorliegende Resolution. Er wies dabei vor allem auf die Forderungen für Jugend und Frauen hin, sowie auf die unbedingte Notwendigkeit der Anpassung der Löhne an das Preisniveau. Wichtig sei auch die Forderung nach einem populären Gesetzbuch des Sozialrechtes, sowie auch die Vereinfachung und Erhöhung der Altersrenten.

Einen breiteren Raum nahmen seine Ausführungen über die Anträge an die alliierten Behörden ein. Er nannte dabei als wichtig für den Wiederaufbau:

- die Rückgabe des ehemaligen Vermögens der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften, das von der Deutschen Arbeitsfront beschlagnahmt worden war, als reichsdeutsches Eigentum angesehen und treuhändisch verwaltet wurde,
- die Aufhebung der vierfachen Besatzung,
- die ungeklärten Verhältnisse des reichsdeutschen Eigentums an den Betrieben,
- sowie die Lösung des Ausländerproblems.<sup>121</sup>

### Resolution der ersten Vollversammlung

Die Vollversammlung nahm den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis und beschloß anschließend einstimmig eine Resolution,<sup>122</sup> in der die dringendsten Wünsche und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter und Angestellten Oberösterreichs an die Militärregierung und die Behörden des Staates und des Landes zusammengefaßt waren.

Die in zehn Punkten vorgebrachte Resolution hatte folgende Schwerpunkte:

1. Neuorganisation der Lehrlingsausbildung um einen im demokratischen Sinne erzogenen Nachwuchs heranzubilden. Arbeitszeit 5-Tage-Woche mit je 40 Stunden.
2. Gesetzliche Fürsorge für die Frauenarbeit nach dem Grundsatz gleiche Entlohnung bei gleicher Leistung.
3. Lohnerhöhungen überall dort, wo die Löhne das Existenzminimum nicht mehr erreichen.
4. Angleichung des Arbeitsrechtes der Arbeiter an das der Angestellten.
5. Vorbereitung zu einem allgemeinen Gesetzbuch über das Sozialrecht.
6. Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Altersversorgung der Arbeiter.
7. Abbau der Lohnsteuer.
8. Staatliche Wirtschaftsplanung, die alle für notwendig erkannten Verstaatlichungsmaßnahmen veranlaßt.
9. Rückgabe des ehemaligen „Vermögens“ der DAF, das zum größten Teil der alten Kammer gehörte.

<sup>121</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 8/9.

<sup>122</sup> AKOÖA, 0,1 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 10 sowie Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 21.

10. Bitte an die Alliierten, das als größtes Hindernis für den Wiederaufbau Österreichs erkannte System der vierfachen Besatzung abzuschaffen.

*Da hiedurch die Währung gefährdet, der Wohnraum und die Nahrung eingeschränkt wird und der für die Wirtschaft unentbehrliche freie Verkehr mangelt, bitten wir über diese Tatsachen bei jeder Gelegenheit an die vorgesetzten Stellen zu berichten und damit wesentlich zur Lösung der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau beizutragen, das ist radikale Einschränkung der Besatzungstruppen oder ihr Ersatz durch einheitlich von der UNO geleitete Truppen.*

Als zweite wichtige Lebensfrage wurde die Klärung der Rechtsverhältnisse um das ehemalige reichsdeutsche Eigentum (Deutsches Eigentum) gefordert. Die Kammer war der Auffassung, daß als solches nicht zu gelten habe, was die Nationalsozialisten nach der Okkupation Österreichs an sich gerissen hatten. Die Potsdamer Beschlüsse sollten deshalb dahingehend ausgelegt werden.

Als dritte und letzte Bitte an die Alliierten, wurde die Ausländerfrage angeschnitten:

Die ausländischen Arbeiter und Flüchtlinge, die sich jetzt noch in Oberösterreich aufhalten sind freiwillig hier ... Aber es ist unbillig, daß diese Ausländer höhere Lebensmittelrationen erhalten als die schaffende Bevölkerung und sich aus Mangel an Neigung zu nützlicher Beschäftigung in größtem Umfang dem Schleichhandel widmen und dadurch unsere Wirtschaft korrumpieren. Wie die Gerichtsakte der Militärgerichte beweisen, sind viele dieser Ausländer kriminell geworden. Wir bitten die alliierten Behörden, dem Grundsatz zum Durchbruch zu verhelfen, daß für diese ausländischen Gäste die gleichen Nahrungsansprüche und die gleiche Arbeitspflicht gelten soll, wie für die Landesbewohner. Wer sich gegen die Gesetze des Landes vergeht, soll Österreich verlassen müssen.<sup>123</sup>

Diese Resolutionen zeigen die Richtung der künftigen Arbeit der Arbeiterkammer an. Klar und eindeutig wurden die Wünsche des österreichischen Volkes vorgebracht und ihre Erfüllung als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufstieg deklariert. Die Geschichte zeigte uns, daß es fast ein Jahrzehnt dauerte, bis Schritt für Schritt diese Forderungen von den Alliierten erfüllt wurden.

Am Nachmittag kam es in der Reihenfolge zur Wahl der Sektionsobmänner, des Vorstandes, der Ausschüsse und der Rechnungsprüfer. Das Ergebnis ersieht man aus der Zusammensetzung von Vorstand und Ausschüssen der ersten Funktionsperiode, die vom 11. Mai 1946 bis 25. November 1949 dauerte.<sup>124</sup> Der einstimmig gewählte Vorstand setzte sich nunmehr zusammen: Präsident Heinrich Kandl, 1. Vizepräsident Franz Razinger, 2. Vizepräsident Franz Kriz, sowie als weitere Vorstandsmitglieder: Carl Felbinger, Franz Thanhofer, Josef Buchner, Hermann Zuschrott, Josef Jungmayr, Ludwig Mayrhofer, Leopold Radlmaier, Franz Schnabl, August Moser und Franz Schönbauer.

Als Ausschüsse wurden gewählt: Ein Verwaltungsausschuß, je ein Ausschuß für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, für Industrie und Gewerbe, für Arbeitsrecht und Arbeitsschutz, für Ernährungs- und Konsumenteninteressen, für Jugend- und Lehrlingsschutz sowie ein Verkehrsausschuß und ein Bildungsausschuß.

<sup>123</sup> AKOÖA, 01 VV-PI/1, Protokoll vom 11. Mai 1946, 10/11 sowie Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 61.

<sup>124</sup> Die Zusammensetzung des Vorstandes, der Ausschüsse und Rechnungsprüfer ist aus dem Protokoll der konstituierenden Vollversammlung am 11. Mai 1946, 10 und 11 zu sehen (AKOÖA, 0,1 VV-PI/1). Die hektographierte Ausgabe der Resolution ist als Beilage zu diesem Protokoll (4 Blätter) vorhanden.

Bei den Rechnungsprüfern sei hier festgestellt: Präsident Kandl kam der Beschwerde der kommunistischen Fraktion wegen mangelnder Vertretung im Präsidium insofern entgegen, als er ihr einen Rechnungsprüfer zugestand. Er wies gleichzeitig darauf hin, *daß das Präsidium nach Paragraph 28 des Arbeiterkammergesetzes aufgrund der Vorschläge des Gewerkschaftsbundes vom Bundesminister für soziale Verwaltung ernannt wurde, weshalb eine Wahl eines Präsidiums nicht stattfindet.*

Schließlich berichteten die Sektionen auch über die Wahlen der Obmänner. Für die Arbeitersektion scheinen auf: Carl Felbinger (SPÖ), Leopold Radlmaier (ÖVP), August Moser (KPÖ). Für die Angestelltensektion: Josef Buchner (SPÖ), Franz Kriz (ÖVP), Franz Schönbauer (KPÖ). Für die Sektion Verkehrsbedienstete: Franz Razinger (SPÖ), Johann Humer (ÖVP), Karl Sulzberger (KPÖ) und für die Sektion Land- und Forstarbeiter: Friedrich Glaser (SPÖ), Franz Klausriegler (ÖVP), Josef Zeppetzauer (KPÖ).

Zum Tagesordnungspunkt Freie Anträge brachten die ÖVP-Kammermitglieder Radlmaier und Genossen den Antrag auf eine staatliche Kinderbeihilfe von zehn Schilling pro Familie der Arbeiter und Angestellten ein, um die Familien vor einem weiteren Absinken des Reallohnes zu schützen. Der Antrag wurde dem Vorstand zur Beratung zugewiesen. Die konstituierende Vollversammlung schloß um 13 Uhr.

### Start unter schwierigen Bedingungen

Die nunmehr offiziell eingesetzten Organe der Arbeiterkammer begannen mit Eifer ihre Arbeit. In der ersten Präsidiumssitzung,<sup>125</sup> an der neben Präsident Kandl auch die Vizepräsidenten Razinger und Kriz, der Erste Sekretär Möbius und als Personalvertreter Anton Jeglinger teilnahmen, wurde die Aufteilung der Beschäftigten vorgenommen: Dr. Theodor Möbius als Erster Sekretär, Richard Strasser als Sekretär, Anton Jeglinger als Buchhalter, Michael Recknagl als Verwalter, Karl Fischer als Statistiker, Gisela Lewisch und Anna Maria Praschl als Angestellte. Ferner wurden Maria Weilguny und Maria Greiner zur Hilfe, Leopold Weinzierl als Portier und Anton Obermüller als Hilfskraft beschäftigt.

Schon damals wurde grundsätzlich beschlossen, das zerstörte Kammergebäude in der Volksgartenstraße so bald als möglich wieder zu errichten. Obwohl dieses damals noch „alliiertes Beutegut“ war, faßte das Präsidium den Plan, bis Herbst 1947 im Hochparterre und im ersten Stock 20 Räume wiederherzustellen.

Zur Präsidiumssitzung vom 2. August 1946 wurde dann erstmals auch der Fraktionsobmann der Kommunistischen Fraktion August Moser beigezogen.<sup>126</sup> Moser gehörte dann dem Präsidium bis zur nächsten Wahl im Jahre 1949 an. In der gleichen Sitzung berichtete Kandl ferner, daß es nach Lösung der Raumfrage gelungen sei, in früheren Räumen des Bürgermeisters in Urfahr, Karl-Fiedler-Straße 1, einen Raum zugewiesen zu erhalten, in dem die von den Arbeitnehmern verlangte Auskunftsstelle der Arbeiterkammer in Urfahr eingerichtet werde. Die

<sup>125</sup> AKÖÖA, 0,31 Präsidium, Sitzungsprotokolle 1946 bis 1959.

<sup>126</sup> AKÖÖA, 0,31 Präsidium. In der Präsidiumssitzung vom 1. September 1946 stellte Präsident Kandl den Antrag, den Fraktionsführer der Kommunisten August Moser bis zur nächsten Wahl den Präsidiumssitzungen mit den gleichen Rechten wie ein Vizepräsident beizuziehen. Das Gesetz sah zwar nur zwei Vizepräsidenten vor, Kandl wählte aber diesen Weg zur Beruhigung der kommunistischen Fraktion.

Auskunftsstelle wurde mit dem Metallarbeiter Ludwig Mayrhofer besetzt, der in Urfahr wohnte.<sup>127</sup>

In der ersten Sitzung des Vorstandes am 5. Juni 1946 forderte die Arbeiterkammer eine eigene Lohnkommission für Oberösterreich und eine Vertretung in der Preisprüfungsstelle.<sup>128</sup> Der Vorstand beschloß grundsätzlich die Errichtung von Außenstellen in den Bezirken. Die ersten Außenstellen, die von der Arbeiterkammer in Oberösterreich errichtet wurden, waren: Perg (Leiter: Leopold Janda), Braunau (Ludwig Feldschmid), Wels (Alfred Stadlmayr), Ried (Franz Kupetzius).<sup>129</sup> Noch im Herbst wurde auch in Steyr eine Außenstelle errichtet.

### Schwerpunkte der Kammerarbeit zu Beginn der ersten Funktionsperiode

Im Mittelpunkt der Arbeit der nunmehr offiziell eingesetzten Organe der Arbeiterkammer für Oberösterreich standen in der ersten Funktionsperiode folgende Fragen:

1. Der weitere Aufbau der demokratischen Organisationen in den Betrieben und Gewerkschaften.
2. Die Wiedererrichtung des zentralen Kammergebäudes in Linz, Volksgartenstraße 40, um es wieder zum organisatorischen Mittelpunkt zu machen.
3. Die Überwindung der Versorgungsschwierigkeiten, sowie der Aufbau der Betriebe und die Ankurbelung der Produktion.
4. Der Wiederaufbau der österreichischen Sozialrechtsordnung.<sup>130</sup>

### Die zweite Vollversammlung

Die zweite Vollversammlung der Arbeiterkammer fand am 28. September 1946 wieder im Linzer Rathaus statt.<sup>131</sup> Sie nahm zur Kenntnis, daß die Kammer mit fast allen Abteilungen im hölzernen Jugendheim in Linz, Blumauerstraße 2a eine vorübergehende Unterkunft gefunden hatte. Nur die Rechtsberatung und die Jugendschutzstelle verblieb im Gebäude der „OKA“, Böhrnerwaldstraße 1.

Am 28. Oktober 1946 wurde der seit 1. Juli für die Sozialpolitik zuständige Dr. Viktor Kleiner zum neuen Ersten Sekretär bestellt.<sup>132</sup> Die nächste Vollversammlung im Februar 1947 billigte

<sup>127</sup> AKOÖA, 2,323 Mitteilungen der Arbeiterkammer für Oberösterreich in Linz und der Landesexekutive des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Jg. 1, Nr. 2, 1. November 1946, 1. Mayrhofer war Sekretär der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter. Zu seinem Nachfolger wurde in der Gewerkschaft als Sekretär Alois Kopp aufgenommen, der schon vor 1938 Mitglied der Arbeiterkammer war.

<sup>128</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 5. Juni 1946.

<sup>129</sup> AKOÖA, 2,323 AK-Mitteilungen (wie Anm. 127), Jg. 1, Nr. 2, 11.

<sup>130</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 88.

<sup>131</sup> AKOÖA, 2,323 AK-Mitteilungen (wie Anm. 127), Jg. 1, Nr. 2, November 1946, 3 ff.

<sup>132</sup> AKOÖA, AK-Mitteilungen (wie Anm. 141), Jg. 1, Nr. 2, 1. November 1946, 1 sowie Beschluß der Vorstandssitzung vom 28. Oktober 1946 (0,3 Vorstandssitzungsprotokoll vom 28. Oktober 1946). Kleiner hatte am 1. Juli 1946 die Leitung der Abteilung Sozialpolitik übernommen und war 1945/46 Sparkassendirektor in Ried im Innkreis. Vergleiche dazu auch Wilhelm Rausch, in: Die Gemeindevertretung von Linz von 1948 bis zur Gegenwart. Linz 1968, 178, Nr. 299.

dann diese Entscheidung des Vorstandes zum Leitungswechsel und sprach Dr. Möbius den Dank für seine hervorragende Aufbauarbeit vom 1. Dezember 1945 bis November 1946 aus. Auf Wunsch der Kammer übernahm Dr. Möbius ab 1. November die Rechtsberatungsstelle, die im Haus der OKA, Böhmerwaldstraße 1, verblieb.<sup>133</sup> Das Referat Bildungswesen, Jugendschutz, Frauenangelegenheiten und Sozialarbeit wurde Frau Dr. Emilie Rosdolsky übertragen. Bei den Berichten zur zweiten Vollversammlung zeigte sich aber bereits eine Zunahme der Zahl der Rechtsauskünfte, die sich später zu einem der Schwerpunkte der Arbeit der Arbeiterkammer entwickeln sollten.

Nachdrücklich ging die Kammer in dieser Zeit aber auch gegen Unternehmungen in der Wirtschaft oder Dienststellen in der Verwaltung vor, die sich gegen die Demokratisierung in diesen Bereichen wandten. So fehlte es damals zum Beispiel an einer Vertretung im Jugendbeirat, im Ernährungsdirektorium und bei der Preisbehörde. Sekretär Richard Strasser mußte einmal sogar uneingeladen in einer Sitzung des Ernährungsbeirates erscheinen und auf das Mitberatungsrecht der Kammer pochen.<sup>134</sup>

Erstmals nach dem Krieg gewährte die Arbeiterkammer wieder Subventionen. Ihre Interventionen für die Eröffnung von Erholungseinrichtungen und Bildungszentren hatten Erfolg. Im August wurde das Kurheim „Sonnenheim“ in Bad Hall eröffnet. Dann erfolgte das Erholungsheim der Krankenkasse in Weißenbach am Attersee und die Gewerkschaftsschule der Gemeindeangestellten auf der Linzer Rosenberg.<sup>135</sup>

Ab 1. Oktober 1946 erschien auch die erste Nummer der „Mitteilungen der Arbeiterkammer für Oberösterreich und der Landesexekutive Oberösterreich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes“.<sup>136</sup> Die frühere städtische Kammerbibliothek war zerstreut in alle Winde. Die Kammer verfügte vorerst über kein einziges Buch, auch später kamen nur geringe Bestände zum Vorschein. Daher war der Wiederaufbau der Bibliothek ein dringendes Gebot.<sup>137</sup>

Auch bei der zweiten Vollversammlung wandte sich die Arbeiterkammer mit wichtigen Forderungen an die Alliierten und die Bundesregierung. Sie beschloß eine Resolution<sup>138</sup> an die Besatzungsmächte, die zu den dringlichsten Problemen dieser Tage aus der Sicht der oberösterreichischen Arbeiterkammer Stellung nahm und verlangte, daß *Preiskontrolle und Lohnstopp parallel einher gehen sollten*. Daher sollte die bisher ohne Mittlung der Kammer durchgeführte Preiskontrolle unter der Mitarbeit der Arbeitervertreter organisiert und zu diesem Zweck eine Landeskommission errichtet werden. Außerdem wurde eine strenge Produktionskontrolle verlangt, um den Schleichhandel in den Griff zu bekommen.

Auf die Grundprobleme der Gesamtwirtschaft bezogen sich fünf Forderungen an die Alliierten

<sup>133</sup> Rausch/Lotteraner, *Aufbruch* (wie Anm. 21), 88.

<sup>134</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-G, Geschäftsbericht über die Zeit vom 7. Februar bis 19. Mai 1947.

<sup>135</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-PI/2, Sitzungsprotokoll vom 29. September 1946, 2, sowie Rausch/Lotteraner, *Aufbruch* (wie Anm. 21), 63.

<sup>136</sup> Die Mitteilungen der Arbeiterkammer für Oberösterreich in Linz und der Landesexekutive des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wurden unter der Genehmigungsnummer 202 des Nachrichtenkontrollamtes der amerikanischen Streitkräfte in Österreich (ISB) zugelassen. Die Nummer 1 erschien mit dem ersten Jahrgang am 1. Oktober 1946. Sie waren eine Art Nachfolge der „Mitteilungen“ über die Tätigkeit der oberösterreichischen Kammer für Arbeiter und Angestellte seit der II. Vollversammlung in der Ersten Republik, die mit ihrer Nr. 1 am 20. Oktober 1921 erschienen waren.

<sup>137</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-P, Sitzungsprotokoll der 2. Vollversammlung vom 28. September 1946.

<sup>138</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-P, Sitzungsprotokoll vom 28. September 1946, 2.



Besatzungsmächte: Die fünf Forderungen setzten sich zusammen aus den drei Forderungen aus der Resolution der ersten Vollversammlung (Abbau der Demarkationslinien, Klarheit der Besitzverhältnisse, Abbau der Ausländer) sowie aus zwei weiteren: Als vierte Forderung wurde die Auflassung der Zensur verlangt, da der Postverkehr kaum funktionieren konnte, solange die Zensur jeden Brief *tage- und wochenlang verzögerte und als fünfte Forderung*, die Änderung des Systems der Einspruchsfrist durch den Alliierten Rat bei der Gesetzgebung.

Die Lösung dieser Frage des Einspruchsrechtes des Alliierten Rates war ein zentrales Anliegen der Kammer, da beispielsweise im Juli vom Parlament beschlossene Gesetze erst im Oktober in Kraft treten konnten, weil die Übersetzung in vier Sprachen und das Abwarten der Einspruchsfrist des Alliierten Rates eine Dauer von zwei Monaten erforderte. Diese Frist behinderte nach Meinung der oberösterreichischen Kammer den *Aufbau der Wirtschaft im großen Maße* und wirkte sich nachteilig auf den Demokratisierungsprozeß aus.<sup>139</sup>

### Begutachtungsarbeit zur Herstellung demokratischer Rechtsnormen

Nach dem Zusammenbruch 1945 herrschte in Österreich nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein rechtliches Chaos. Einer der ersten Gesetzgebungsaktionen galt daher dem Reichsüberleitungs-Gesetz.<sup>140</sup> Dieses Verfassungsgesetz vom 1. Mai 1945 im Staatsgesetzblatt Nr. 6 über die Wiederherstellung des Rechtslebens in Österreich setzte die nach dem 12. März 1938 für Österreich geltenden reichsdeutschen Normen auf den einzelnen Rechtsgebieten als österreichische Rechtsvorschriften vorläufig weiterhin in Geltung. Allerdings waren alle Rechtsvorschriften ausgenommen, die mit dem Bestand eines freien und unabhängigen Staates Österreich oder mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar waren, die dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes widersprachen oder typisches Gedankengut des Nationalsozialismus enthielten. Gerade im Sozialrecht hatten die Nationalsozialisten tiefgreifende Veränderungen vorgenommen.

Die Arbeiterkammer setzte sich nach ihrer Wiedererrichtung mit Nachdruck für die Schaffung demokratischer österreichischer Rechtsvorschriften ein und nützte das ihr vom Gesetzgeber übertragene Begutachtungsrecht aus, um eben die Interessen der Arbeiter und Angestellten in sozialer, wirtschaftlicher, beruflicher und kultureller Hinsicht zu sichern. Das führte gerade in den Jahren 1945/46 zu einem enormen Arbeitsaufwand.

Hier seien nur einige der wichtigsten Gesetzesbegutachtungen aus dieser Zeit angeführt. Im Wirtschaftsbereich: Das Wirtschaftskammergesetz, das Bundesgesetz über das Tabakmonopol, die Gewerbeordnungs-Novelle, das Gewerbesteuer-Ausgleichsgesetz für Wohngemeinden und Betriebsgründungen sowie Verordnungen der Papierbewirtschaftung und des Maschinenmaterial-Ausgleichs. Im Bereich Verkehr: Die Reform der Gütertarife sowie die Kraftfahrverordnung. Im Bereich der Landwirtschaft: Das Landarbeiter-Siedlungsgesetz, das Landwirtschaftskammergesetz sowie die Wasserrechtsnovelle. Im Bereich des Landesrechtes: Die Landessteuer zur Bedeckung des Haushaltserfordernisses für das Jahr 1947 (Landeszuschlag zur

<sup>139</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai 1946 bis Ende September 1946, 11.

<sup>140</sup> Arbeiterkammer 1945 bis 1965 (wie Anm. 31), 55.

Vergnügungssteuer, Einhebung einer Landesbauwertzuwachsabgabe, einer Landesbiersteuer und eines Zuschlages zur Gewerbesteuer, um nur einige zu nennen.

Zum Schutz der Jugend begutachtete die Kammer das Jugendschutzgesetz sowie das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz. Die wichtigsten Begutachtungen im Bereich der Sozialgesetze werden später aufgezeigt.

### Stärkung der Betriebsdemokratie

Bei den ersten zwei Vollversammlungen zeigte sich schon deutlich, wie wichtig das Begutachtungsrecht der Arbeiterkammern ist. Ausführlich befaßten sich die Kammerräte vor allem mit dem Betriebsrätegesetz. Dieses war für die künftige Arbeit sowohl der Gewerkschaften als auch der Arbeiterkammer bestimmend, weil damit die gesetzlichen Grundlagen der Betriebsorganisation der Gewerkschaften legalisiert werden mußten. Allerdings war das Betriebsrätegesetz im Jahr 1946 noch nicht beschlossen. Den Gewerkschaften blieb daher nichts anderes übrig, als nach den Grundsätzen des Betriebsrätegesetzes von 1919 vorläufig weiterzuarbeiten. Der Schwerpunkt der Arbeit war dem Aufbau einer echten Betriebsdemokratie gewidmet. In der Ersten Republik gelang es 1919 zwar der Arbeiterschaft, die Idee der demokratischen Betriebsvertretung erstmals gesetzlich zu verankern, doch konnte damals eine echte Betriebsdemokratie nicht hergestellt werden.

In der Zweiten Republik konzentrierten sich Arbeiterkammer und Gewerkschaften daher auf den Aufbau der Demokratie in den Betrieben. Sie wollten ein Betriebsrätegesetz, das eine gleichrangige Partnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern auch im einzelnen Betrieb herstellen sollte. Der Gedanke der betrieblichen Demokratie, das Recht zur Mitverwaltung und Mitbestimmung des Betriebsrates in wirtschaftlichen und personellen Fragen, sollte verstärkt verankert werden.

Das erst am 28. März 1947 verabschiedete Betriebsrätegesetz im Bundesgesetzblatt Nr. 97 erfüllte allerdings nur zum Teil die Erwartungen der Arbeiterkammer. Vor allem wurde das Recht des Betriebsrates, an der Wirtschaftsführung des Betriebes entscheidend mitzuwirken und in allen personellen Angelegenheiten mitzubestimmen, nicht genügend verwirklicht. Das gelang erst Jahre später im Zuge einer heranwachsenden Wirtschaftspartnerschaft.

Die nach der ÖGB-Landeskonferenz von Oberösterreich (12. Mai 1946) neuformierten Gewerkschaften konzentrierten sich vorerst darauf, in den Betrieben die demokratische Organisation zu festigen und die aus der Notsituation entstehenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen unter den Arbeitern und Angestellten zu bearbeiten. Zahlreiche Betriebsversammlungen wurden durchgeführt, die aber dadurch erschwert wurden, daß alle Versammlungen der amerikanischen Militärregierung gemeldet und von dieser genehmigt werden mußten.<sup>141</sup>

Dabei wirkte sich schon der Ausbau der Abteilung Wirtschaft und Statistik der Arbeiterkammer sehr vorteilhaft aus. Sie half der Organisation mit der Erstellung eines Verzeichnisses aller Betriebe sowie mit einer gründlichen Schulung der Betriebsräte für deren verantwortungsvolle Aufgabe. Die von der Kammer erstellte Betriebsstatistik<sup>142</sup> bildete eine entscheidende Grundlage für die Arbeit der Gewerkschaften.

<sup>141</sup> AKOÖA, Gewerkschaften (G)/ÖÖ/Allg./1946, Meldungsschreiben an die amerikanische Militärregierung.

<sup>142</sup> Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 38.



Die erste wirtschaftliche und statistische Tätigkeit der Kammer war die Aussendung von Fragebögen an die Betriebsräte über die Produktionsverhältnisse. Es wurden nicht nur Daten über die Art der Erzeugung, die Zahl der Beschäftigten, Arbeiter und Angestellten, Kriegsversehrten, Ausländer und Lehrlinge, getrennt nach Geschlechtern erhoben, sondern auch erfragt, welche Schwierigkeiten die Produktion in jener Zeit behinderten und welche Maßnahmen erforderlich waren, um die Produktion zu steigern.<sup>143</sup>



Abb. 9: Im „Sonnenheim“ der Krankenversicherungsanstalt der Angestellten in Bad Hall fanden die für den Wiederaufbau einer demokratischen Betriebsorganisation so wichtigen ersten Betriebsrätekurse statt (Foto: AKOÖA, Bildarchiv, A323-B1).

<sup>143</sup> Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 38.

Wichtig war, daß die Arbeiterkammer mit ihrem statistischem Material die Gewerkschaften in ihren Forderungen unterstützte, die Tarifröhne in Oberösterreich dem Lohnniveau in Wien anzupassen. Es ging den Gewerkschaften darum, die Diskrepanz bei Löhnen und Preisen zwischen Wien und Oberösterreich zu beseitigen. Die Arbeiterkammer wies bei ihrer Erhebung nach, daß viele Tarifröhne in den untersten Stufen unter dem Existenzminimum lagen und daß es Familien gab, die sich nicht alle bewirtschafteten Lebensmittel leisten konnten.<sup>144</sup>

Mit der Schulung der Betriebsräte begann eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterkammer überhaupt. In der Vorstandssitzung vom 17. September 1946<sup>145</sup> beantragte Dr. Möbius, das Gutachten über das Betriebsrätegesetz nicht nur in den Vertrauensmänner-Versammlungen zu besprechen, sondern auch eine entsprechende Schulung der Vertrauensmänner durchzuführen. Der Vorstand stimmte zu. Es wurden mehrere Standorte ins Auge gefaßt, wie das Sonnenheim in Bad Hall, der Englische Garten in Linz und die Linzer Rosenberg. Kandl teilte in der Vorstandssitzung am 23. Oktober 1946 mit, daß das Sonnenheim in Bad Hall vorerst nicht in Betracht komme, weil der Kurbetrieb im Winter nicht unterbrochen werde.<sup>146</sup> Daher wurde für die Schulung das Heim der Hauptanstalt der Angestelltenversicherung in Bad Hall gewählt, in dem zwei Monate lang Kurse der Gewerkschaft der Privatangestellten abgehalten wurden. Die Kosten dafür übernahmen in gleichen Teilen die Arbeiterkammer und die Gewerkschaft.

Das war der Start für die Betriebsräte- und Funktionäreschulung der Kammer, die zu einer ihrer Hauptaufgaben wurde. Das Ziel der ersten Betriebsräteschulung teilte die Arbeiterkammer in der ersten Presseaussendung am 18. November 1946 mit. Man wollte die oberösterreichischen Betriebsräte in 16, je eine Woche dauernden Kursen auf ihre Aufgaben in den Betrieben vorbereiten. Auf dem Programm standen Vorträge über das Betriebsrätegesetz, das geltende Arbeitsrecht, Gründungsprobleme der Volkswirtschaft, der Verstaatlichung, des Finanz- und Steuerwesens, der Betriebswirtschaftslehre sowie die Aufgaben und Ziele der Arbeiterkammer und Gewerkschaften. Vortragende waren: Kandl, Kleiner, Straßer, Möbius und Ing. Schanovsky aus Linz sowie Pittermann, Wirlandner aus Wien und Nationalrat Häuslinger.

Der Aufbau der Gewerkschaften in den Betrieben ging rasch vor sich. Nach der Erfassung der Eisenbahner, Postler, und Gemeindebediensteten, Metallarbeiter und Druckereiarbeiter bauten die Gewerkschaften ihre Betreuungsarbeit vor allem in den Großbetrieben aus. Die schnelle Zunahme der Zahl der Gewerkschafter bis Jahresende 1946 erklärt sich in dieser Tatsache.

### Wirtschafts- und konsumentenpolitische Initiativen

Neben den wichtigen Fragen der Verbesserung der Lebensmittelversorgung, der Regelung der Bewirtschaftungsmaßnahmen und der Beseitigung der Energie-Engpässe bildete das Hauptproblem des Wiederaufbaues in Oberösterreich der während des Krieges vollzogene Strukturwandel in der Industrie. Im Vordergrund stand die Frage, was mit den für die nationalsozialistische Rüstungswirtschaft vorgesehenen Großbetrieben in Linz und Oberösterreich geschehen sollte.

In Linz waren das vor allem die Vereinigten Eisen- und Stahlwerke (später VOEST) und die

<sup>144</sup> AKOÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 1. Dezember 1945 bis 11. Mai 1946, 7.

<sup>145</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokolle vom 17. September 1946 und 23. Oktober 1946.

<sup>146</sup> AKOÖA, 0,3 Historisches Archiv, AKL/H/9, Schr. vom 18. November 1946.

Stickstoffwerke (später Chemie Linz); in Lenzing die Zellwollefabrik und in Steyr das Werk der Steyr-Daimler-Puch-AG, die in der NS-Zeit dem Göring-Konzern unterstellt waren.

Von der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften maßgeblich unterstützt, traf die Regierung 1946 wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen, die die Politik der Zweiten Republik nachhaltig beeinflussen sollten: Die Verstaatlichung der Grundindustrie und der Banken. Durch das erste Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946<sup>147</sup> wurden die Anteilsrechte von rund 70 Industrieunternehmungen in das Eigentum der Republik Österreich überführt. Dies wurde mit der Notwendigkeit begründet, daß der Wiederaufbau und die Modernisierung dieser zum Teil erst im Krieg begonnenen Industrie Gründungen nur unter Zuhilfenahme staatlichen Kapitals möglich wurde.<sup>148</sup>

Das Schicksal dieser auf oberösterreichischem Boden errichteten Großbetriebe war entscheidend für den Wandel Oberösterreichs von einem überwiegenden Agrarland in der Ersten Republik zu einem der wichtigsten Industrieländer in der Zweiten Republik. Nur durch die Verstaatlichung konnten diese Betriebe damals Österreich erhalten bleiben.

Diese Großbetriebe legten aber nicht nur den Grundstein für die Industrialisierung des Bundeslandes Oberösterreich, sie trugen auch dazu bei, daß sich der Linzer Zentralraum zu einem der dynamischsten Wirtschaftsräume entwickeln konnte. Die positiven Auswirkungen der enorm hohen Lohn- und Gehaltssummen dieser Betriebe auf die Linzer Geschäftswelt und auf zahlreiche kleinere Betriebe durch die Vergabe von Nebenproduktionen lag damals auf der Hand.

Als nächster Schritt folgte am 26. März 1947 das zweite Verstaatlichungsgesetz,<sup>149</sup> das alle jene Elektroversorgungsunternehmungen einschloß, die praktisch 85 Prozent der gesamten elektrischen Energie für Österreich lieferten.

Diese wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen hatten aber auch einen maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung der Arbeitnehmerorganisationen, der Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Die Großbetriebe bildeten das Rückgrat der gewerkschaftlichen Organisation und trugen zum raschen Aufstieg derselben bei.

Im Bereich der Wirtschafts- und Konsumentenpolitik setzte die Kammer in dieser Zeit eine Reihe von Maßnahmen, die sich schwerpunktmäßig auf folgende Teilbereiche konzentrierten:<sup>150</sup>

1. Laufende Berechnung der Lebenshaltungskosten im Arbeiterhaushalt.
2. Aufbau und Durchführung einer Haushaltsstatistik.
3. Anlage einer Betriebskartei für das Land Oberösterreich.
4. Publikationen und Sammlung wichtiger Wirtschaftsdaten – auch aus der Auslandspresse –, besonders für die Funktionäre der Arbeiterbewegung.

Die Arbeit in diesen Aufgabenbereichen war schwierig. Für die Berechnung der Lebenshaltungskosten fehlten noch offizielle Preisunterlagen. Die oberösterreichische Kammer verlangte zwar bei der Preisprüfungsstelle der oberösterreichischen Landesregierung mehrmals solche

<sup>147</sup> Klenner, Gewerkschaften (wie Anm. 73), 1416; Vgl. Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Stuttgart-Wien 1985, 72.

<sup>148</sup> Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 32.

<sup>149</sup> Gustav Otruba, Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Wien 1968, 38. Vgl. Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 32.

<sup>150</sup> Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 43.

Preisunterlagen. Diese sind ihr aber vorenthalten worden. Sie erhielt lediglich eine definitive Zusage, daß Änderungen der Lebensmittelpreise ihr künftig in allen Fällen zugesandt werden.

Auf Drängen der oberösterreichischen Kammer wurde Mitte August 1946 das statistische Amt der Gemeinde Linz mit der offiziellen Ermittlung der Preise für Lebens- und Genußmittel, sowie der sonstigen Gegenstände, die in die Berechnung der Lebenshaltungskosten der Arbeiterhaushalte fielen, beauftragt. Die Preise wurden rückwirkend für April 1945 ermittelt, wodurch es ermöglicht werden sollte, aufgrund offizieller Angaben die seit damals laufend erfolgten Preisänderungen und ihre Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten der Werktätigen festzustellen. Die Kammer hoffte damals, ab Anfang Oktober 1946 in der Lage zu sein, ihre Berechnungen mit den nötigen Vergleichsziffern beginnen zu können. Tatsächlich konnte die Kammer diese Preiserhebungen von Oktober 1946 an laufend durchführen. Damit war die Zukunft der Lebenshaltungskostenberechnung in geordnete Bahnen gelenkt und die Funktionäre der Gewerkschaften hatten ein fundiertes Material für ihre Aktionen.<sup>151</sup>

Die oberösterreichische Kammer entschloß sich auch – ähnlich wie die Wiener Arbeiterkammer – eine Haushaltsstatistik zu führen. Ab 1. Juni 1946 begann die Kammer mit der Errichtung einer Betriebskartei aller oberösterreichischen Betriebe. Für die Erhebung der Grunddaten wurden 25.000 Fragebögen ausgesandt, von denen ungefähr 10.000 ausgefüllt zurückkamen.

In der Betriebskartei waren sämtliche Betriebe erfaßt, die mehr als fünf Personen beschäftigten. Für ganz Oberösterreich ergab das rund 7.000 Unternehmungen, die in der Kartei registriert werden sollten. Die Karteiblätter wurden nach Industriebranchen und Bezirkshauptmannschaften angelegt. Im Rahmen dieser Betriebskartei war eine Durchschnittsbruttolohnsummen- und Arbeitsstatistik geplant, die alljährlich mit Stichtag 1. Oktober durchgeführt wurde.<sup>152</sup> Im Juli 1946 erschien dann die erste Nummer der „Internationalen Wirtschaftsnachrichten“, die allen Kammermitgliedern mit dem Ersuchen um Meinungsäußerung zugesandt wurden.<sup>153</sup>

### Aufbau eines neuen Sozialrechtes

Beim Wiederaufbau der österreichischen Sozialrechtsordnung bestand für die Organe der oberösterreichischen Arbeiterkammer die grundsätzliche Frage: Sollten die alten österreichischen Sozialgesetze wiedereingesetzt werden oder sollte das Sozialrecht, der Zeit entsprechend, neu gestaltet werden? Der Vorstand der Arbeiterkammer strebte eine Neugestaltung an. In diesem Bereich wirkte sich aus, daß bis zur Schaffung der neuen Sozialgesetze vorerst noch die reichsdeutschen Rechtsvorschriften aufrecht blieben. Gerade auf diesem Gebiet war von den Nationalsozialisten das meiste grundlegend verändert worden, was von der Arbeiterbewegung in der Ersten Republik als sozialer Schutz entwickelt worden war.

Erst durch das Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz von 1947 konnten die notwendigen Änderungen durchgeführt und die Selbstverwaltung wiederhergestellt werden. Das war die Voraussetzung für den Aufbau einer neuen österreichischen Sozialrechtsordnung.

<sup>151</sup> Erler, Wirtschafts- und Konsumentenpolitik (wie Anm. 32), 44.

<sup>152</sup> AKÖÖA, VV-G, Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer Linz vom 4. Mai 1946 bis Ende September 1946, 6 ff.

<sup>153</sup> AKÖÖA, 0,1 VV-G, Tätigkeitsbericht (wie Anm. 152), 8.

In der ersten Funktionsperiode der oberösterreichischen Arbeiterkammer konnten dann die Säulen dieses neuen Systems der sozialen Sicherheit errichtet werden.

Dazu zählt vor allem das bereits oben erwähnte, am 28. März 1947 endlich verabschiedete Betriebsrätegesetz<sup>154</sup> als erster Schritt zur Schaffung einer betrieblichen Demokratie auf dem Boden des Mitverantwortungs- und Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte in wirtschaftlichen und personellen Fragen. Das neue Gesetz verstärkte die Immunität der Betriebsräte, baute den Kündigungsschutz aus und räumte den Betriebsräten über die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Dienstnehmer hinaus weitgehende Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei der Führung und Verwaltung der Betriebe ein.

Wenn auch nicht alle Wünsche im ersten Anlauf erfüllt wurden, so bedeutete dieses Gesetz dennoch einen wesentlichen Fortschritt in Richtung einer demokratischen Betriebsverfassung. Wesentlich waren dabei auch die ergänzenden Verordnungen dazu, wie die Betriebsratswahlordnung, die Betriebsratsgeschäftsordnung, die Betriebsratsrevisionsordnung und die Verordnung über die staatliche Wirtschaftskommission, die über Einsprüche des Betriebsrates gegen die Wirtschaftsführung in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten zu entscheiden hatte.

Zum Kernbestand der demokratischen Verfassung zählte auch das schon vorher am 26. Februar 1947 beschlossene Kollektivvertragsgesetz.<sup>155</sup> Dieses schon zu Beginn des Jahres 1946 geforderte Gesetz konnte in einem zähen Ringen schließlich durchgesetzt werden. Die übergeleiteten reichsdeutschen Arbeitszeitvorschriften konnten allerdings noch nicht durch österreichische Normen ersetzt werden, weil die Vorstellungen von AK und ÖGB auf den heftigsten Widerstand der Unternehmer stießen.

Dagegen gelang eine entscheidende Initiative zum Schutz der Arbeitnehmer schon vorher durch das am 25. Juli 1946 verabschiedete neue Arbeiterurlausgesetz. Auch hier konnte die Arbeiterkammer wesentliche Vorschläge durchsetzen, genauso wie bei dem später, am 3. Juli 1947, beschlossenen Arbeitsinspektionsgesetz zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft.

Schlimm sah es auf dem Gebiet der Sozialversicherung aus. Hier war nicht nur der gesamte Verwaltungsapparat zerstört worden, es waren auch die Kassen geplündert und die Unterlagen verschleppt. Die chaotischen Zustände wurden durch eine bewundernswerte Initiative der Arbeitnehmervertreter Schritt für Schritt beseitigt. Bis zur Erlassung der ersten Verordnungen haben die Vertrauensmänner der Arbeiterbewegung mutig improvisiert. Im Einvernehmen mit dem Sozialminister wurden die öffentlichen Verwalter für die einzelnen Sozialversicherungsträger bestellt.

Schließlich schuf das am 12. Juni 1946 beschlossene Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz die Voraussetzung für ein neu zu gestaltendes Sozialversicherungsrecht, das den Vorstellungen der Arbeiterkammern und Gewerkschaften entsprach.<sup>156</sup> Die zweite Vollversammlung der Arbeiterkammer hatte die Errichtung einer zentralen Hauptanstalt sowie Zweigstellen der Versicherungsanstalten für die gesamte Rentenversicherung in den Landeshauptstädten gefordert. Allerdings entsprach das Gesetz dann nicht den Vorstellungen der Arbeiterkammer.

Ausführlich befaßten sich in dieser Funktionsperiode der Vorstand und die Ausschüsse der Arbeiterkammer auch mit dem Sozialversicherung-Anpassungsgesetz vom 12. Dezember 1946

<sup>154</sup> AKÖÖA, VV-G Geschäftsbericht für die Zeit von Februar bis 19. Mai 1947.

<sup>155</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 91.

<sup>156</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 91.

und seinen drei Novellierungen, mit weiteren drei Novellierungen des Sozialversicherungs-Überleitungsgesetzes und mit der Errichtung der Schiedsgerichte der Sozialversicherung.

### Der Wiederaufbau des Kammergebäudes

Zu den Hauptmaßnahmen dieser Zeit zählten aber auch die Anstrengungen zur Wiedererrichtung des früheren zentralen Sitzes der Arbeiterkammer im zerstörten Gebäude an der Volksgartenstraße 40 in Linz. Dieser Bereich soll hier ausführlicher behandelt werden, weil das früher stattliche Symbol des Aufstiegs der Arbeitnehmer mittlerweile immer mehr zum geistigen und organisatorischen Mittelpunkt der Interessenvertretung für die Arbeiter und Angestellten geworden ist, in dem fast alle Gewerkschaften konzentriert sind.

Über die Zerstörung des einst mächtigen und modern gestalteten Gebäudes wurde bereits oben geschrieben. Offensichtlich nach Wiederbegründung der Gewerkschaft wurde Kandl, als Obmann der Freien Gewerkschafter, zum treuhändigen Verwalter über das ehemalige Hauseigentum der Arbeiterkammer bestellt und ihm auf diese Weise die weitere Obsorge über die Kammerobjekte anvertraut. Er muß auch an Bürgermeister Dr. Koref mit der Bitte um kommissionelle Besichtigung der Kammergebäude durch die Baubehörden herangetreten sein und den entsprechenden Antrag des Bürgermeisters ausgelöst haben, der September/Oktober ergangen sein muß. Am 22. Oktober 1945 wurde die Tagsatzung für 29. Oktober an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Als technischer Berater Kandls wird der in Urfahr, Spazgasse 5, wohnhafte Baumeister Josef Hödl ausgewiesen.<sup>157</sup>

Das Ergebnis der Kommissionierung wurde oben im Zusammenhang mit den Kriegsschäden des Kammergebäudes schon mitgeteilt. Aus dem Begleitschreiben der Bauverwaltung an Bürgermeister Koref geht hervor, daß die Arbeiterkammer äußerst schwer beschädigt ist und unter den derzeitigen Verhältnissen an einen Aufbau nicht zu denken ist. Es wird vielleicht im Frühjahr 1946 möglich sein, einen Teil des Gebäudes so provisorisch instand zu setzen, daß es der Benützung zugeführt werden kann.<sup>158</sup> Aus dem technischen Gutachten soll aber herausgegriffen werden, daß es den Standpunkt einnahm, sich bei der Wiederinstandsetzung eines derartig repräsentativen Gebäudes nicht mit Lösungen zu begnügen, die verhältnismäßig hohe Kosten und großen Materialaufwand verursachen und doch nur ein Provisorium darstellen.

Das Gutachten rät aber auch davon ab, die Arbeiterkammer provisorisch anderswo unterzubringen, denn es erscheinen dafür die Aufwendungen an Zeit und Geld, an Arbeitskräften und Material so erheblich, daß man mit einer stufenlosen Wiederherstellung des Kammergebäudes eher vorlieb nehmen sollte. Die Adaptierung wird in acht Punkten vorgeschlagen, wobei jede einzelne Stufe als Grundlage für die spätere Ausgestaltung des Kammergebäudes dienen könnte.<sup>159</sup>

Dr. Koref bemühte sich also sehr, die Instandsetzung des Kammergebäudes in die Wege zu leiten, soweit es ihm damals möglich war. Für die Arbeiterkammer aber war die Lösung dieser Frage von eminenter Bedeutung. Nachdem sich das Präsidium in der ersten Sitzung 1946 bereits grundsätzlich einig war, das Kammergebäude wiederzuerrichten und als ersten Schritt den

<sup>157</sup> Wiedergegeben in Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 52.

<sup>158</sup> Wie Anm. 35; das Gutachten ist einem unzitieren Brief angeschlossen.

<sup>159</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 17. September 1946.



Wiederaufbau des Hochparterres und des ersten Stockes in Angriff nehmen wollte, bestellte der Vorstand am 17. September 1946 zum Bauleiter Rudolf Übelacker zur *Überprüfung der Regiearbeiten bei der Wiederinstandsetzung des Arbeiterkammergebäudes*.<sup>160</sup>

Die Arbeitsgemeinschaft Ing. Hödl, Ing. Pirkl & Eysert und G. A. Wayß hatte vorerst mit Unterstützung des Arbeitsamtes 30 Leute für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Einen Monat später konnte Kandl im Präsidium bereits berichten, daß sich die Bauüberwachung durch Übelacker bereits bewährt hätte. Von den vom Arbeitsamt zugewiesenen 60 Arbeitern seien aber vorerst nur 19 erschienen. Der Bauleiter konnte durchsetzen, daß die Firmen alle Arbeiter auch zur Arbeit am Kammergebäude ansetzten.

Beim Aufbau erwiesen sich Änderungen als zweckmäßig. Es wurde daher ein Baukomitee eingesetzt, das die laufenden Entscheidungen zu treffen hatte.<sup>161</sup> Dem Baukomitee gehörten an: Präsident Kandl, die Vizepräsidenten Razinger und Kriz, Erster Sekretär Möbius (später dann Kleiner) sowie Bauleiter Übelacker.

In der Vorstandssitzung am 27. November 1946<sup>162</sup> teilte Kandl mit, daß die Arbeiterkammer für Oberösterreich die Verwaltung des Gebäudes übertragen bekommen hatte. Der bisherige Verwalter im Grundbuch wurde gelöscht und Heinrich Kandl sowie Dr. Viktor Kleiner an dessen Stelle eingetragen. Bei dieser Sitzung gab auch Bauleiter Übelacker eine Darstellung der umfassenden Schäden und stellte fest: *In allen Geschossen wird es notwendig sein, Verstärkungen einzuziehen, da sowohl durch die Bombenwirkung als auch durch den Brand Risse im Gefüge der Bentonmauern und der Decken entstanden sind. Die drei Bombeneinschläge und die bekannte Brandlegung führten zur Senkung der Decke des Festsaaes. Die Scheidemauern sind durchwegs zerstört. Ebenso der Putz, die Wasserleitungen, die Lichtanlagen und die Heizungsanlagen. Nur das Kellergeschoß hat keine schweren Schäden erlitten.* Das Gebäude sei nun völlig eingerüstet, das Dach auf der Volksgartenseite bereits ausgebessert.

Bei der Sitzung des Vorstandes am 28. April 1947 gab Übelacker in seinem Bericht ein Bild vom Umfang der am Gebäude bis Ende 1946 geleisteten Arbeit:<sup>163</sup> *Es sind bisher 24.000 Stunden Arbeit geleistet worden. 2.260 m<sup>3</sup> Schutt aus dem Gebäude weggeräumt und 500 m<sup>3</sup> zum Planieren durchgegittert wurden. 16.000 Ziegel wurden abgebrochen und zur Wiederverwertung hergerichtet. Das Staudgewebe wurde herausgenommen und ausgerichtet, das Kupferblechdach ebenfalls ausgerichtet. Für die Dachrinnen war kein Blech zu haben, sie mußten daher aus alten Kupferblech gemacht werden. Herbeigeschafft wurden 20.000 Kilogramm Kalk und 6.000 Kilogramm Zement. Aus Wien wurden 300 Kilogramm Leim angefordert, von denen aber nur 30 Kilogramm bewilligt wurden.*

Dieser Bericht zeigt auch die großen Probleme auf, mit denen das Bauen damals verbunden war. Die Protokolle von damals decken die leidvolle Situation in der Bauwirtschaft auf. Es gab Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, über die notwendigen Firmen Arbeits- und Baumaterialien zu bekommen. Kandl sagte in einer Sitzung:<sup>164</sup> *Wo immer man eingreift, überall ergaben sich unvorhergesehene Schwierigkeiten, über die man nur langsam hinwegkommt. So mußte die Kammer Eichenblöcke schneiden lassen und sie geschnitten zum Tischler brin-*

<sup>160</sup> AKOÖA, 0,31 Präsidium, Sitzungsprotokoll vom 14. Oktober 1946.

<sup>161</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 27. November 1946.

<sup>162</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 27. November 1946.

<sup>163</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 28. April 1947.

<sup>164</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 29. April 1948.



Abb. 10: Die Wiedererrichtung des AK-Gebäudes war 1949 abgeschlossen. Erst nach dem Wiederaufbau wurde der von Alois Dorn geschaffene Brunnen mit der Frauenstatue und den seitlichen Reliefs fertiggestellt (Foto: Kurt Prokosch, AKOÖA, Bildarchiv, A4002-B115).

gen. Die Fensterstöcke sollten fertig geliefert werden. Doch die Russen ließen den Tischler von 7 bis 11 Uhr an der Brücke stehen und wollten ihn mit den fertigen Fensterstöcken nicht über die Zonengrenze an der Donaubrücke lassen. Nach dem Einglasen der Fenster stellte sich dann wieder heraus, daß die gelieferten Gläser zu dick und schwer waren als die ehemaligen und daher alle Gewichte zum Kippen der Fenster verstärkt werden mußten. Die Funktionäre waren ungemein erfindungsreich beim Aufspüren des notwendigen Baumaterials. Der Wiederaufbau wurde zunächst mit einem Arbeiterstand von sechs Mann begonnen, am Ende waren insgesamt 48 Firmen mit zusammen 260 Arbeitern am Bau des Kammergebäudes beschäftigt.<sup>165</sup>

<sup>165</sup> AKOÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 6. September 1948, 147.



Der Wiederaufbau selbst wurde in drei Etappen durchgeführt.<sup>166</sup> Die erste Etappe umfaßte das Kellergeschoß, das Erdgeschoß und den ersten Stock im Mitteltrakt, sowie im Trakt an der Volksgartenstraße.

Der zweite Bauabschnitt umfaßte den Weiterbau dieser beiden Gebäudeteile bis zum dritten beziehungsweise zum vierten Stock, sowie die endgültige Fertigstellung des Dachgeschosses. Der dritte Bauabschnitt betraf den bombengeschädigten Trakt an der Christian-Coulin-Straße, der völlig neu aufgebaut werden mußte.

Mit der architektonischen Außen- und Innengestaltung und als Vertreter des Bauherrn wurde Dipl.-Ing. Paul Theer betraut. Zur Bauausführung wurde eine Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus den Baufirmen Ing. Pirkl und Eysert, Baumeister Josef Hödl und G. A. Wayß, alle aus Linz, eingesetzt. Große Verdienste erwarb sich der erfahrene Bauführer, Herr Marschhofer von der Firma Wayß, der seine schwierige Aufgabe hervorragend bewältigte.

Am 6. September 1948 konnte der Vorstand zum ersten Mal im neuen Vorstandszimmer in der



Abb. 11: Der von Alois Dorn geschaffene Brunnen mit der symbolischen Frauenfigur vor dem neuen AK-Gebäude (Foto: Alfred Grüll, AKOÖA, Bildarchiv, A4002-A105).

<sup>166</sup> Ein Linzer Wahrzeichen. Die Arbeiterkammer wieder aufgebaut. Festschrift der Arbeiterkammer anlässlich der Wiederherstellung des Kammergebäudes und der Konstituierung am 23. und 24. Oktober 1949. Linz 1949, 3 f.

Volksgartenstraße 40 tagen und den Bericht über einen vierten Bauabschnitt zur Kenntnis nehmen, der bis Mitte 1949 gedacht war und Ergänzungsarbeiten im Inneren des Hauses, sowie die Außengestaltung der Umgebung zum Gegenstand hatte.<sup>167</sup>

Der Vorstand beschloß am 22. Februar 1949, statt der früher am Gesims angebrachten zwei Bronzefiguren des Südtiroler Bildhauers Santifaller auf dem Platz vor dem Haupteingang eine Monumentalplastik in Verbindung mit einem Brunnen zu errichten.<sup>168</sup> Unter den vorgelegten Entwürfen entschied sich eine vom Vorstand eingesetzte Jury für den Entwurf des Bildhauers Prof. Alois Dorn, der eine Frauenplastik als Symbol für Freiheit, Gerechtigkeit und Sieg anbot, wobei ergänzend die Funktionen der Arbeit am Relief auf der Stirnseite des trapezförmigen Beckens dargeboten wurden.

Das war die letzte Bauentscheidung des Vorstandes der Arbeiterkammer der ersten Funktionsperiode. Dieser Vorstand bestand aus Präsident Heinrich Kandl, dem ersten Vizepräsident Franz Razinger, den zweiten Vizepräsident Franz Kriz und den weiteren Mitgliedern Carl Felbinger, Franz Thanhofer, Josef Buchner, Hermann Zuschrott, Josef Jungmayr, Ludwig Mayrhofer, Leopold Radlmaier, Franz Schnabl, August Moser und Franz Schönbauer.

Fünfeinhalb Wochen vor der ersten Arbeiterkammerwahl in Oberösterreich am 23. und 24. Oktober 1949 meldete die Arbeiterkammer die Fertigstellung der dritten Baustufe des Kammergebäudes an das städtische Bauamt und bat um Kollaudierung des Gebäudes. Damit war der Wiederaufbau des Gebäudes abgeschlossen. Die gesamten Baukosten der Wiederinstandsetzung betrugen 6.345.000,- Schilling.<sup>169</sup> Im Vorraum, vor dem Aufgang zur Hauptstiege, wurde die von Anton Hannak geschaffene Bronzestatuette des verstorbenen Staatssekretärs für soziale Verwaltung und Begründers der Arbeiterkammern Ferdinand Hanusch aufgestellt.<sup>170</sup>

Die Geschichte der Wiederauffindung dieser Hanusch-Büste ist bezeichnend für die Wiedererrichtung der Arbeiterkammer. Die Nationalsozialisten hatten das Meisterwerk des Bildhauers sofort nach der Besetzung 1938 von ihrem Standort entfernt und an ihre Stelle eine Hitler-Büste aufgestellt. Der Demokrat und Initiator der modernsten Sozialgesetze Österreichs in der Ersten Republik Hanusch mußte dem Diktator und Zerstörer Hitler weichen. Während des Krieges wanderte die Hanusch-Büste in die Gießerei der Firma Steininger nach Ebelsberg, um für Kriegszwecke eingeschmolzen zu werden. Der Former Alois Neumüller sollte diesen Auftrag ausführen. Er erkannte aber die Gesichtszüge von Ferdinand Hanusch und dachte sich: „Du wirst nicht eingeschmolzen, denn du wirst dereinst wieder dort hinkommen, wo du früher warst.“ Er grub die Büste eineinhalb Meter tief an seiner Arbeitsstätte ein. Nach dem Ende des Weltkrieges kam Neumüller als Invalide nach Ebelsberg zurück. Sein erster Weg war, den

<sup>167</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 97.

<sup>168</sup> AKÖÖA, 0,3 Vorstand, Sitzungsprotokoll vom 22. Februar 1949.

<sup>169</sup> ASL, Bauakt Volksgartenstraße 40 – Coulinstraße 27, K.Nr. Linz 2275, Akt Nr. 9. Einreichung III. Baustufe, Wiederherstellung des Gebäudeteiles in der Coulinstraße, 28. Jänner 1948, Blätter 26 ff., Baubewilligung für die III. Baustufe am 23. März 1949, Blatt 38, Meldung der Fertigstellung des Gebäudes Volksgartenstraße 40 am 30. September 1949, Blätter 51 ff., Kommissionierung des Fertigbaus am 30. März 1950, Blatt 50, Höhe der Baukosten, Blatt 56 Kollaudierungsbescheid vom 14. Dezember 1950. Vgl. Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 72 und 81.

<sup>170</sup> Festschrift der Arbeiterkammer (wie Anm. 166), dort insbesondere der Abschnitt „Gesinnungstreuer rettet die Hanusch-Büste“. Über die Hanusch-Büste vgl. Hans Ankewicz-Kleehoven, Anton Hanak und Lins. In: Kunstjahrbuch der Stadt Linz 1961, 51–78, insbesondere aber 73 f. und Abb. 45, sowie auch Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 72.

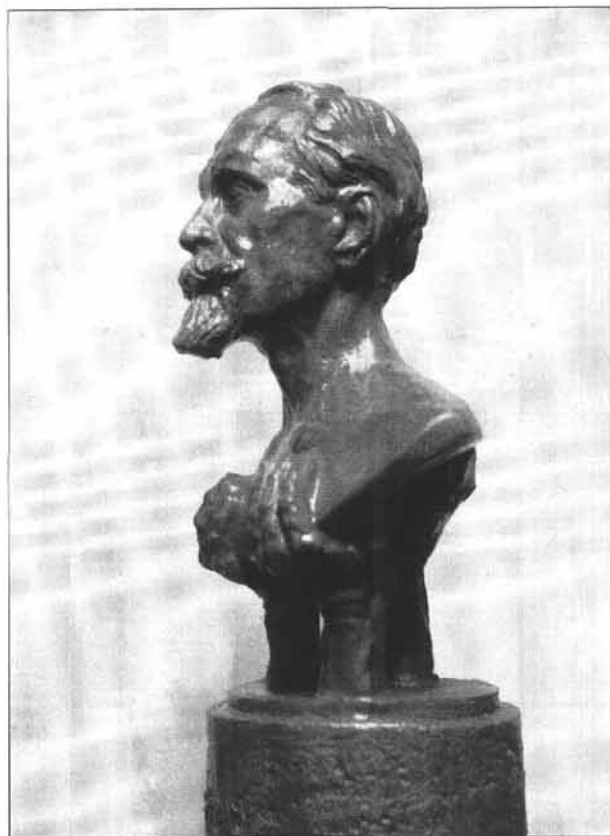


Abb. 12: Die von Anton Hannak geschaffene Büste von Ferdinand Hanusch. Sie ist im Foyer des Arbeiterkammergebäudes aufgestellt und erinnert an den Schöpfer der österreichischen Sozialpolitik in der Ersten Republik und Errichter der Arbeiterkammern (Foto: K. Sedlmayer, AKOÖA, Bildarchiv D6/Ferdinand-Hanusch/B1).

„Hanusch“ auszugraben. Er fand die Büste unversehrt und übergab sie der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter mit den Worten: „Auch Hitler hat ihn nicht umbringen können.“

Die Art und Weise, wie diese Hanusch-Büste nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auftauchte, war bezeichnend für die Gesinnungstreue und den ungebrochenen starken Aufbauwillen der Generation von Arbeitnehmerfunktionären, die allen Wirrnissen und Hindernissen zum Trotz ihrer Idee treu geblieben sind und die Einrichtungen der Arbeitnehmer zum stolzen sozialen Symbol der Demokratie wieder aufbauten.<sup>171</sup>

Nach dem Abschluß aller Außenarbeiten am Gebäude bemühte sich die Kammer um die Platzgestaltung vor dem Haupteingang des Gebäudes. In einer Pressekonferenz am 20. Juni 1949, zum ersten Mal im neuen Amtsgebäude, berichtete die Kammer von ihrer Absicht, einen Brunnen mit der Monumentalplastik des Bildhauers Alois Dorn aufzustellen.<sup>172</sup>

<sup>171</sup> Festschrift der Arbeiterkammer (wie Anm. 166).

<sup>172</sup> AStL, Koref-Akten, Sch. 7, Schlagwort „Arbeiterkammer“. Dr. Kreczi vom Linzer Kulturstadtrat hatte den Auftrag, bei dieser Konferenz die Stadt zu vertreten. Er berichtete darüber am Bürgermeister Dr. Koref am 25. Juni 1949. Vgl. Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 73 und 81.

Schon wenige Tage darauf wurde das Brunnenprojekt beim städtischen Bauamt mit der Bemerkung eingereicht, daß die Kammer *auf dem der Gemeinde Linz gehörigen dreieckigen Grundstück vor dem Kammergebäude eine Brunnenanlage in Verbindung mit einer Monumentalplastik ... zu errichten* gedenke.<sup>173</sup> Auf dem vorgesehenen Platz war bis zur Fertigstellung des ersten Kammergebäudes das aus dem 19. Jahrhundert stammende Verzehungssteuerhäuschen gestanden, dem fünf Jahre später, am 7. Juli 1935, ein Denkmal für die Gefallenen des oberösterreichischen freiwilligen Schützenregimentes gefolgt war.<sup>174</sup> Am nördlichen Ende des geplanten Brunnens war nun eine Frauen-Großplastik, flankiert von Reliefs, vorgesehen. Noch 1949 wurde der Brunnen fertiggestellt, am Ende des Jahres 1950 die Großplastik mit den beiden Reliefs angebracht. Damit war der Wiederaufbau des Kammergebäudes auch symbolisch abgeschlossen.

Die künstlerische Gestaltung des Monuments hat symbolhafte Beziehung zur Arbeit der Arbeiterkammer. Die Frauengestalt ist gleichsam das Sinnbild für die Kammer für Arbeiter und Angestellte als sorgende und schützende Mutter, die die in den Reliefs dargestellten Arbeitnehmer behütet.

Diese symbolische Wirkung wird verstärkt durch die beiden großen Wandbilder im Festsaal der Linzer Arbeiterkammer. Das erste Bild von Professor Hauk zeigt in symbolischer Form die Darstellung der Kammer als Organisation zur Wahrung der Rechte und als schützende Kraft der arbeitenden Menschen. Die Kammer ist hier durch eine mütterliche Figur repräsentiert, die selbstbewußt aufgerichtet, mit sieghafter Handbewegung und in die Zukunft gerichteten Blick, im Mittelpunkt des Bildes sitzt. Mit ihrer Rechten beschützt sie den neben ihr sitzenden Jungarbeiter, der unter sozial gerechten und gesunden Verhältnissen seinen Lebensweg beginnen soll. Auf der linken Seite des Bildes versinnbildlicht eine Gruppe von Arbeitern ihre Einigkeit mit den geistigen Arbeitern. Die rechte Seite zeigt eine Gruppe junger Arbeiter, die das erreichte Ziel der Arbeiterbewegung darstellen. Ein Mädchen mit der Geste des Glücks und der Befreiung, ein Sportler als Sinnbild jugendlicher Kraft, ein Lesender, der auf die Bildungsmöglichkeiten hinweist, eine höhere soziale Stellung zu erreichen. Alle zusammen sind in eine Landschaft eingebunden, die den Neuaufbau symbolisiert. Die drei Worte „Arbeit, Friede, Gerechtigkeit“ weisen auf die großen Ziele der arbeitenden Menschen hin.<sup>175</sup>

Das zweite Wandbild von Professor Dimmel erinnert in dramatischer Form an den Weg der Arbeiter im Kampf um die Durchsetzung ihrer sozialen Stellung. Die linke Gruppe weist auf das schwere Schicksal des einst rechtlosen Arbeiters hin. Ein Bergmann, der, aus der Tiefe heraussteigend, sein Licht erhebt und damit eine Gruppe von zwei Frauen beleuchtet, die den Körper eines Verunglückten, eines Opfers der Arbeit, tragen. Die Mittelfigur stellt die Zeit der

<sup>173</sup> Rausch/Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 21), 73 und 81. Wilhelm Rausch schreibt dort, daß der Name des Künstlers Adolf Dorn im ganzen Bauakt nicht erwähnt ist! Nachtrag erst von späterer Hand. Bauakt (wie Anm. 170), Akt Nr. 10, Brunnenanlage, Blatt 1, Gesuch der Kammer vom 29. Juni 1949, Blätter 4–6, Kommissionierung am 9. August 1949, Baubewilligung am 7. September 1949, Blatt 15, Brunnenanlage fertiggestellt am 17. November 1950, doch war das Wasserbecken des Brunnens im Rohbau schon am 23. Dezember 1949 fertig und die Aufstellung der Reliefwand und der Figur erst für später vorgesehen.

<sup>174</sup> JbL 1935, 16 (Aus dem Leben und Schaffen der Landeshauptstadt Linz); AKÖÖA, 0,1 VV-P, Sitzungsprotokoll vom 25. November 1949.

<sup>175</sup> Festschrift der Arbeiterkammer (wie Anm. 166), Wandbild im Osten des Festsaaes von Professor Hauk.

Erhebung des Arbeiters dar, der sich, seiner Kraft bewußt, in Gestalt eines Hochofenarbeiters dem sozialen Kampf stellt. Und dieser wiederum wendet sich einem Manne zu, der die Arbeiter aufruft zum Zusammenschluß einer großen Gemeinschaft der Schaffenden.<sup>176</sup>

Mit der Errichtung des neuen Gebäudes war die Zeit der Provisorien vorbei. Die Abteilungen der Arbeiterkammer konnten im zentralen Gebäude ihre geregelte Arbeit aufnehmen. Die Gewerkschaften hatten wieder einen zentralen Mittelpunkt für ihre Arbeit.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich bewies bereits im ersten Jahr ihres Bestehens ihre Qualität als Interessenvertretung. Und der nach 1945 einheitliche, überparteiliche Gewerkschaftsbund bestand seine erste Feuerprobe. Schon die erste Zeit der Wiedererrichtung bestätigte, daß sowohl die Arbeiterkammer als auch die Gewerkschaften aus dem öffentlichen Leben unseres Bundeslandes und der gesamten demokratischen Republik Österreich nicht wegzudenken sind.

---

<sup>176</sup> Festschrift der Arbeiterkammer (wie Anm. 166), Wandbild im Westen des Festsaaes von Professor Dimmel.